

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

C B

Die „rote“ Vaterlandspartei

Bourgeoisie begeistert über die Hindenburg-Sozialisten

Die Wiener „Reichspost“, das Blatt der „Großdeutschen“ begeistert sich dithyrambisch für die Kandidatur Hindenburgs und liest den „Nationalen“ wegen ihrer Sonderaktion heftig die Leviten. Sie merke gar nicht, daß man doch in Hindenburg den „absoluten Führer“ habe,

„der sogar die deutsche Sektion der roten Internationale dem deutschen Vaterland zurückeroberte.“

Bei Gott, das hat er, wenn man, wie die „Reichspost“ unter der „roten Internationale“ die zweite versteht, über deren Rotfärbung freilich die Ansichten je nach dem Betrachtungsstandpunkt verschieden sind. Die deutsche Sozialdemokratie ist wieder mal beim Hindenburg — ganz so wie 1914. Sie ist wieder mal „Vaterlandspartei“ — wie unter Wilhelm selig. Sie kennt keine Parteien mehr, nicht mal die eigene, sie singt strammstehend wie je in den „herrlichen Zeiten“ mit geschwellter Brust: „Deutschland, Deutschland über alles!“ Und wer zweifelt, daß sie wieder „mitmacht“, wenn des derzeitigen „Kaisers“ Ruf ertönt? Mit Gott für Geldschrank und Hindenburg!

Neuer Hindenburg-Wah'auschuß

Sahm muß verschwinden

Berlin, 18. Februar 1932.

Der zur Vorbereitung des Wahlvorschlages Hindenburgs von Oberbürgermeister Dr. Sahm gegründete Hindenburg-Ausschuß hat seine Tätigkeit beendet, nachdem sein Ziel durch die Annahmeerklärung des Reichspräsidenten von Hindenburg erreicht war. Für die in den einzelnen Ländern und in den preußischen Provinzen schon bestehenden und noch in Bildung befindlichen Hindenburg-Wahlausschüsse ist eine zentrale Geschäftsstelle eingerichtet worden. Sie führt den Namen „Hauptgeschäftsstelle der Hindenburgausschüsse“ und hat ihr Büro in Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 9, Fernsprecher Jäger A 1 6776. Für die Zentralstelle wird ein überparteiliches Kuratorium gebildet, dessen Zusammensetzung alsbald bekannt gegeben wird.

von Horn will auch nicht mitmachen . . .

Die Pressestelle des Reichskriegerbundes Kyffhäuser teilt mit: „Die in der Presse verbreitete Nachricht, daß der Präsident des Kyffhäuserbundes, General der Artillerie a. D. von Horn einem zur Vorbereitung der Reichspräsidentenwahl neugebildeten „Hindenburg-Ausschuß“ anhöre oder den Vorsitz dieses Ausschusses übernehmen werde, ist völlig aus der Luft gegriffen und entspricht in keiner Weise den Tatsachen.“

Agrar'er für Hindenburg

Der Vorstand der Deutschen Landvolk-Partei hat am Mittwoch einen Aufruf beschlossen, in dem er sich für die Wahl Hindenburgs einsetzt, der als „vornehmster Träger der uralten Gemeinschaft zwischen Schwert und Pflug“ (etwas unfreundlicher, aber klarer gesagt: zwischen Militär und Junkertum) gefeiert wird. Hindenburg sei „das höchste Vorbild deutschen und preußischen Pflichtgefühls“.

Wir gratulieren den Herren Wels & Co. zu diesen Bundesgenossen!

Der Reichslandbund will, ebenso wie die Hugenberg-Partei, gegen Hindenburg Stellung nehmen.

Neue faschistische Bluttat

Ein unerhörter Mord bei Gleiwitz

Gleiwitz, 18. Februar 1932.

Verspäteter Polizeibericht: Am Dienstag abend kam es in Bankau (Kreis Kreuzburg) zwischen 7 und 8 Uhr zu Streitigkeiten zwischen einer Anzahl Nationalsozialisten und dem Kommunisten Ernst Bassy, der sich entfernte. Die der NSDAP angehörigen Wirtschaftsinspektor Baumert, Arbeiter Smyreck und Schweizer Viktor Kappitza suchten ihn in der elterlichen Wohnung. Da sie nicht ohne weiteres Einlaß fanden, schlugen sie die Tür zur Küche ein. Der Vater Bassy hatte seinen anderen, verheirateten Sohn, August, der keiner Partei angehören soll, aus Angst vor den Verfolgern in eine Kammer eingeschlossen. Baumert und Genossen versuchten, die Kammertür mit einer Axt aufzubrechen. Daraufhin öffnete der alte Bassy die Tür und die drei Nationalsozialisten gaben mehrere Schüsse in die Kammer ab. August Bassy wurde dadurch an der Schulter verletzt. Kurze Zeit später kamen die drei Nationalsozialisten mit Verstärkung zurück und gaben einen Schuß durch die verschlossene Tür der Kammer ab, in die August Bassy von neuem geflüchtet war. Als hierauf die Kammer geöffnet wurde, fielen weitere Schüsse, wobei der Vater Bassy einen Streifschuß im Genick erhielt. Als die Eindringlinge sich entfernten, und die Frau des August Bassy in die Kammer trat, fand sie ihren Mann tot auf. Baumert, Smyreck und Kappitza wurden in das Gefängnis Kreuzburg eingeliefert.

Ein Hohenzollernprinz als Kandidat?

b. j. Berlin, 18. Februar 1932.

Gestern tagte die Parteivorstandssitzung der Deutschnationalen, nachdem vorher bereits die Reichstagsfraktion dieser Partei getagt hatte. Ein offizieller Bericht besagt, daß sich der Parteivorstand ziemlich einhellig hinter Hugenbergs Vorschläge gestellt hat, die dahin gehen: nur, wenn sich mit NSDAP und Stahlhelm keine Einigung über einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten ergeben sollte, will man mit einer eigenen Kandidatur hervortreten, um dann wenigstens die Stimmen im faschistischen Lager, die sich für Hitler nicht erwärmen könnten, abzufangen und sie so von der Person Hindenburgs wegzuleiten.

Die wichtigsten Resultate der deutsch-nationalen Veranstaltung waren erstens ein Beschluß, der Hugenberg für die weiteren Verhandlungen „freie Hand“ läßt und zweitens die Begrüßung des Herrn Oskar, Prinz von Preußen, als Mitglied des Parteivorstandes der DNVP.

Hugenberg scheint nicht ausgesprochenen Wert darauf zu legen, selbst diesen möglichen Sonderkandidaten des nicht nationalsozialistischen Faschismus zu verkörpern, weil er die unvermeidliche Blamage fürchtet.

Die Reichstagsfraktion der NSDAP wird sich unter Hitlers Vorsitz Donnerstag in Berlin versammeln, und bei dieser Gelegenheit werden wohl die Ende voriger Woche abgebrochenen Verhandlungen mit Deutschnationalen und Stahlhelmlenten wieder aufgenommen werden.

Vom Stahlhelm verlautet, daß sich sowohl Selbste, wie der sogenannte „Bundeskanzler“ Hauptmann a. D. Wagner als auch der „Wirtschaftsberater“ Doktor Lübbert aus lebhaftester um die Zustandebringung einer faschistischen Sammelkandidatur bemühen. Besonders der Dr. Lübbert versucht sein Heil bei allen ihm auch nur von ferne als maßgeblich erscheinenden Naziführern, um deren Zustimmung zur

Proklamation eines Mitglieds der Familie Prinz von Preußen

als Einheitskandidaten der „Nationalen Opposition“ zu erwirken. Die Rechnung geht dahin, daß der Reichspräsident von Hindenburg unmöglich seine Bewerbung um die Reichspräsidentschaft vom 5. Mai 1932 bis zum 1. Mai 1933 aufrecht erhalten würde, wenn ein Mit-

glied seines vormaligen Herrscherhauses ihm als Konkurrent entgegenträte. Diese Rechnung hat wohl nur insofern ein Loch, als die Möglichkeit einer Hohenzollern-Kandidatur vor der Ausrufung Hindenburgs wahrscheinlich die erwartete Folge nach sich gezogen haben würde, daß es nunmehr aber auch für einen Hohenzollern schwer, wenn nicht unmöglich sein würde, gegen Hindenburg aufzutreten. Immerhin kann eine solche oder eine entsprechende Kombination für den wahrscheinlich notwendig werdenden zweiten Wahlgang von Bedeutung werden.

Inzwischen sind noch zahlreiche weitere Absagen an Hindenburgs Adresse bekanntgeworden. Die beiden Offiziersbünde, an deren Meinung Herr von Hindenburg stets sehr viel lag, nämlich der rechtsradikale „Nationalverband Deutscher Offiziere“ und der etwas mehr gemäßigte „Deutsche Offiziers-Bund“ haben ziemlich übereinstimmend, der eine etwas milder als der andere, erklärt, daß sie ihren Mitgliedern nicht empfehlen, für Hindenburgs neue Präsidentschaft zu stimmen. Auch der Reichslandbund hat in einem Brief an die Führer der nationalen Opposition sich gegen die Wiederwahl Hindenburgs ausgesprochen.

Volksgemeinschaftsphrasen des Zentrums

Berlin, 18. Februar 1932

Die deutsche Zentrumsparterie erläßt ebenfalls eine Proklamation für Hindenburg. Sie schließt mit folgenden Phrasenblüten:

„Unsere Wahl ist getroffen. Sie ist auf den Würdigsten gefallen, den eine deutsche Mutter für diese Notzeit geboren hat. Deutschlands Wiederaufstieg ist mit dem Namen Hindenburg verknüpft. Er ist Inbegriff deutscher Volksverbundenheit und deutscher Einigkeit, der Bürge einer glücklicheren Zukunft. Sein Sieg wird Deutschlands Sieg sein!“

Wer finanziert die Hindenburg-Wahl?

Das ist eine sehr interessante Frage. Wir wollen uns für heute damit begnügen, sie in die Diskussion zu werfen und wir werden demnächst noch darauf zurückkommen.

Balkanwahlen?

Von Kurt Rosenfeld

Der Kampf um die Wahl des Reichspräsidenten hat begonnen.

Die wichtigsten technischen Vorbereitungen zur reibungslosen Durchführung des Wahlaktes sind getroffen. Aber den wichtigsten geistigen Vorbereitungen stehen Hindernisse entgegen, an deren Beseitigung die heutigen Gewalthaber erst herangehen werden, wenn die Massen darauf drängen und sie erzwingen.

So müssen wir die Arbeiterschaft zum Kampf aufrufen für die Beseitigung aller Fesseln, die heute jeder Betätigung gegen Kapitalismus und für den Sozialismus auferlegt sind.

Wenn in der schrecklichen, der Kaiserzeit, Wahlen ausgeschrieben wurden, war es selbstverständlich, daß kleinliche polizeiliche Einschränkungen der Presse- und Versammlungsfreiheit beseitigt wurden und daß die Freiheit des gesprochenen und geschriebenen Wortes wenigstens einigermaßen hergestellt wurde.

Heute, in der „freiesten aller Republiken“, besteht auf Grund der Brüning'schen Notverordnung eine weit größere Einschränkung des freien Wortes als vor der Revolution,

und heute verkündet die Regierung — bisher wenigstens — nicht: Das Wort sie sollen lassen stahn . . .

Verbote von Zeitungen und Zeitschriften werden auf Grund der Ausnahmeverordnungen immer häufiger. Außer den Organen der bürgerlichen Mittelparteien und der sozialdemokratischen Partei ist keine Zeitung und keine Zeitschrift mehr ihres Lebens sicher. Und wo noch nicht verboten wird, da wird „verwarnt“ und dann noch einmal „verwarnt“ mit der Androhung eines Verbotes, falls der Pressesünder sich als verstockt erweisen sollte. Sogar das Zentralorgan einer der größten deutschen Parteien,

die „Rote Fahne“, ist jetzt erst wieder (im Augenblick des Beginns des Wahlkampfes!) verboten,

und unser Blatt, die „Sozialistische Arbeiter-Zeitung“, hat eben wieder eine „Verwarnung“ erhalten, deren Nicht-Beachtung die Existenz des Blattes gefährden würde. Jeder unklare Satz, jedes mißverständliche Wort kann in den obrigkeitlichen Auslegungen zu der Auffassung führen, daß eine „böswillige Verächtlichmachung“ einer Regierung oder eines Ministers vorliegt, oder daß die „öffentliche Sicherheit und Ordnung“ gefährdet ist! Damit ist der Tatbestand erfüllt, der ein Verbot „rechtfertigt“.

Massenhaft werden auch Flugblätter, Broschüren und Bücher verboten. Es sei nur an das Freidenkerflugblatt erinnert und an die von der Friedensgesellschaft herausgegebene Schlageterbroschüre. Kein Erzeug-

Sammelt für die proletarische Klassenfront

Die Sozialistische Arbeiterpartei will bei der Reichspräsidentenwahl am 13. März im Kampf gegen den Kandidaten der Bourgeoisie Hindenburg die jetzt so dringend notwendige proletarische Klassenfront schmieden und ohne Rücksicht auf Parteiinteressen dem proletarischen Klassenkandidaten zum Siege verhelfen. Zur Durchführung dieser Aktion im Interesse der proletarischen Einheitsfront gehört Geld. Gebt uns Munition für den Klassenkampf!

Stärkt unseren Kampffonds gegen Hindenburg und Hitler und

für die proletarische Einheitsfront.

Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands.

nis geistiger Arbeit ist mehr sicher vor Beschlagnahme und Einschränkung.

Auch das Versammlungsleben ist völlig eingeschränkt. Der Weg von der Anmeldung einer öffentlichen Versammlung bis zu ihrer Veranstaltung ist mit Fufangeln gespickt, die von der verfassungsmäßig verbrieften Versammlungsfreiheit nicht mehr viel übrig lassen. Öffentliche Versammlungen werden oft nur zugelassen, wenn der Einberufer sich gewissen Auflagen unterwirft, wie zum Beispiel der, daß nur Ortsansässige zur Teilnahme zugelassen werden. Jedes Abweichen von dem Inhalt der Anmeldung kann zur Verhinderung der Versammlung führen. Wenn ein Referent im letzten Augenblick erkrankt, braucht der überwachende Polizeibeamte einen anderen Redner nicht sprechen zu lassen. Kürzlich wurde sogar eine Versammlung deshalb verboten, weil der Saal nicht geheizt war und weil die Beamten im Dienst nicht verpflichtet seien, im kalten Raum zu frieren. Eine ganze Anzahl von politisch tätigen Personen ist ein für alle mal von Polizeibehörden mit einem Redeverbot belegt worden. Jeder Ueberwachende ist verpflichtet, eine Versammlung aufzulösen, sobald ein mit dem Redeverbot bedachter Referent das Wort ergreifen sollte.

Ueberhaupt die Versammlungsüberwachung! Unwürdig nicht nur, sondern auch im höchsten Maße hinderlich einer freien Aussprache freier Menschen.

Alle diese Beschränkungen der Presse- und Versammlungsfreiheit sind schon außerhalb der Wahlzeit kaum zu ertragen. Sie werden aber vollends unerträglich, wenn eine Wahlbewegung durchgeführt werden muß, noch dazu eine solche von der Bedeutung der gegenwärtigen Reichspräsidentenwahl.

Deshalb muß jetzt überall und vor allem von den Organen der proletarischen Einheitsfront gefordert werden:

Aufhebung aller noch geltenden Verbote und aller Einschränkungen politischer Betätigung!

Wiederherstellung der verlorenen Presse- und Versammlungsfreiheit!

Auch damit haben wir noch keine wirklich freie Wahl. In der kapitalistischen Wirtschaft kann es nur Wahlen geben, bei denen den kapitalistischen Kräften von vornherein ein starkes Übergewicht über die oppositionellen proletarischen Kräfte gesichert bleibt.

Aber wenigstens die formale Freiheit, wie sie die Weimarer Verfassung vorsieht, muß sofort wieder hergestellt werden!

Abg. Seger der Militärlästerung angeklagt

Berlin, 18. Februar 1932.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte erscheint am Freitag der sozialdemokratische Abgeordnete Gerhart Seger-Dessau als Angeklagter. Er hatte in einer Versammlung der Liga für Menschenrechte Kritik an der Reichswehr geübt. Ein erster Termin in dieser Sache war vor einigen Monaten verlagert worden, nachdem Seger dem Richter und dem anwesenden Reichswehrvertreter die Erklärung abgegeben hatte: er habe es nicht so böse gemeint.

Das hat dem Reichswehrministerium aber nicht genügt, und nun soll der brave Seeger wegen Militärlästerung doch noch verurteilt werden.

Das Zwickauer Urteil:

Im Zwickauer Reichsbannerprozeß wurden gegen die angeklagten Urteile von ein bis acht Monaten Gefängnis gefällt.

Kommunisten ist die Propaganda in der Reichswehr verboten

Aus Itzehoe meldet WTB. unter dem 18. Februar:

„Im Zusammenhang mit der KPD-Propaganda auf dem Gebiet der hiesigen Artilleriekaserne waren bis heute früh sechs Personen verhaftet worden. Es verlautet, daß die Haussuchungen nicht viel belastendes Material zutage gefördert haben. Reichswehrangehörige sind an der Propaganda nicht beteiligt.“

Der Weg der „Ordnung“

300 Verhaftungen in Sevilla

Sevilla, 17. Februar 1932.

Im Laufe der letzten Tage sind 300 Personen, die an den Streikunruhen teilnahmen, festgenommen worden. Aus Manresa (Katalonien) werden verschiedene Sabotageakte gemeldet.

Nadelstichpolitik gegen Gandhi

Miß Slade verhaftet

Ahmedabad, 18. Februar 1932.

Die Regierung hat gegen Gandhi wegen rückständiger Grundsteuern in Höhe von 365 Rupien ein Zwangsverfahren eingeleitet. Im Seminar in Sabarnai wurden eine Anzahl Gegenstände aus Gandhis Besitz beschlagnahmt und für 301 Rupien versteigert.

*

Die bekannte Anhängerin Gandhis, die Tochter des Admirals Slade, ist heute in aller Frühe in Bombay verhaftet und zu Gefängnis verurteilt worden.

Abrüstung der anderen

Die deutschen Vorschläge für das Genfer Trugspiel

TU. Genf, 18. Februar 1932.

Die deutschen Abrüstungsvorschläge, die Botschafter Nadolny heute in der Vollversammlung der Abrüstungskonferenz überreicht hat, zerfallen in eine einleitende Denkschrift und die Aufzählung der Landstreitkräfte, Seestreitkräfte, die Luftrüstungen und allgemeinen Bestimmungen sowie Uebergangsbestimmungen betreffenden eigentlichen Vorschläge.

In der einleitenden Denkschrift

wird darauf hingewiesen, daß Deutschland bereits entwaffnet sei, und daß die deutsche Entwaffnung als richtunggebend für die Abrüstung sämtlicher Mitglieder angesehen werden müsse, um so mehr, als der Völkerbund nur aus gleichberechtigten Mitgliedern bestehen könne. Es wird sodann daran erinnert, daß die Mängel und Lücken des Entwurfs der vorbereitenden Abrüstungskommission die deutsche Regierung zur Ablehnung des Entwurfs gezwungen haben, und es werden die Gründe für diese Ablehnung noch einmal wiederholt. Es wird darauf hingewiesen, daß die Vorschläge der deutschen Regierung auf dem Grundsatz beruhen,

daß künftig nur ein für alle Staaten in gleicher Weise geltendes Abrüstungssystem bestehen könne.

Schließlich wird erklärt, daß die deutsche Regierung nur eine solche Konvention für annehmbar halte, deren Bestimmungen für sie in gleicher Weise wie für die anderen Staaten gelten würden.

Die nun folgenden Vorschläge sehen für die Landstreitkräfte im Prinzip die Abschaffung der all-

gemeinen Wehrpflicht und, soweit diese nicht erfolgt, die angemessene Bewertung der ausgebildeten Reserven, ferner eine möglichst genaue Festsetzung des Prozentsatzes an Offizieren und eine Ausschaltung der militärischen Verwendung von Polizei, Gendarmerie und ähnlichen Formationen vor. Hinsichtlich des Materials der Landrüstung wird Verbot der schweren Geschütze außerhalb der Festungen, Beschränkungen des Kalibers der Geschütze innerhalb der Festungen und der Minenwerfer sowie Verbot jeglicher Kampfwagen verlangt, ferner Festsetzung der jedem Staat zuzubilligenden Art und Menge der erlaubten Waffen. Hinsichtlich der Befestigungen wird deren Anlage und Unterhaltung verboten, soweit sie wegen ihrer Nähe zu Landesgrenzen eine unmittelbare Bedrohung des Nachbarstaates darstellen. Bezüglich der

Seestreitkräfte

wird eine Höchsttonnage von 10.000 t mit Geschützkalibern von höchstens 280 mm, ein völliges Verbot von Flugzeugmuttertschiffen und Unterwasserfahrzeuge vorgeschlagen, sowie für Linienschiffe Kreuzer und Zerstörer Höchsttonnagegrenzen festgesetzt; schließlich eine Festsetzung des nichtschwimmenden Materials nach Art und Menge gefordert. Das Personal der Marine soll nur im Wege freiwilliger Verpflichtung rekrutiert und für Offiziere und Deckoffiziere ein bestimmter Prozentsatz festgesetzt werden, Küstenbefestigungen sollen bestehen bleiben, jedoch sollen Befestigungen, die natürliche Wasserstraßen beherrschen, verboten werden.

Die Luftstreitkräfte

sollen vollständig verboten und das gesamte im Dienst, in Reserve oder auf Lager befindliche Material der Luftstreitkräfte soll zerstört werden. Ferner soll jede Ausbildung und Fortbildung für Luftfahrt militärischen Charakters, Ausbildung und Tätigkeit von Wehrmachtsangehörigen in der Zivilluftfahrt, Bau und Unterhaltung von gepanzerten oder irgendwie mit Einrichtungen für kriegerische Zwecke versehenen Luftfahrzeugen sowie alle militärischen Zwecken dienenden Beziehungen zwischen Militär und Marineverwaltung und der Zivilluftfahrt verboten werden.

Die allgemeinen Bestimmungen

der deutschen Vorschläge enthalten das Verbot der militärischen Verwendung von Gasen, des Bakterienkrieges sowie die Vorbereitung und Verwendung dieser Kampfmittel. Ferner wird ein Ein- und Ausfuhrverbot von Kriegswaffen, Munition und Kriegsgerät mit gewissen Ausnahmen zugunsten der Staaten ohne eigene Waffenfabrikation gefordert, schließlich eine Regulierung der privaten und staatlichen Herstellung von Kriegswaffen und Munition verlangt.

Dezüglich der

Ausgabenbeschränkung

wird nach Artikel 8 der Völkerbundsatzung ein offener und erschöpfender Austausch von Angaben über die Rüstungsausgaben zwischen den einzelnen Staaten vorgeschlagen und die budgetäre Rüstungsbeschränkung abgelehnt. Die Durchführung und Einhaltung der Abrüstungsbestimmungen soll durch ein für alle Staaten gleiches Verfahren der Ueberwachung gesichert werden.

Mammutbank wird geboren

Bank'eiten werden sozialisiert

Berlin, 18. Februar 1932.

Das Problem der sogenannten Sanierung der deutschen Großbanken scheint nun doch in das entscheidende Stadium getreten zu sein. Bereits wird gemeldet, daß der Barmer Bankverein mit der Kommerz- und Privatbank fusioniert wird und daß die Fusion zwischen Danabank und Dresdener unmittelbar bevorsteht. Andere Meldungen gehen sogar noch weiter. Ihnen zufolge soll auch die Deutsche und Diskontogesellschaft in diese Großfusion einbezogen werden, so daß ein Mammutgebilde entstehen würde, das sich auszumalen noch vor kurzem auch die verwegenste Phantasie nicht gewagt hätte.

Der Prozeß dieser Fusionen verläuft etwas langwierig, und das hat seine Gründe. Die Bankdirektionen wollen nichts davon wissen, und auch die Industrie ist dem Projekt abgeneigt. Die treibende Kraft kommt daher von dritter Seite, und zwar von der Reichsbank, die — je länger der augenblickliche Schwebezustand anhält — ihre Finanzwechselportefeuilles um so dicker anschwellen sieht. Damit rückt aber auch der Augenblick in immer bedrohlichere Nähe, wo

das ganze Kreditsystem zum Erliegen kommt, und der Reichsbank schließlich kein anderer Weg als die Notenpresse verbleibt.

Fusionen allein freilich können diese akut gewordenen Gefahren allein nicht. Das Verfahren, brüchige Finanzinstitute schon allein dadurch zu sanieren, daß man sie zusammenwirft, ist trotz der sogar zu hoher Kunst entwickelten Bilanzierungstechnik noch nicht erfunden. Mit der Forderung nach Fusionierung verbindet die Reichsbank bzw. die Reichsregierung daher die Forderung nach

einer gründlichen Bilanzbereinigung.

Und hier sitzt der Hase im Pfeffer. Bilanzbereinigung bedingt Abstriche an Aktienkapital und den wenigstens noch buchmäßig vorhandenen — Reserven. Abstriche vornehmen ist aber wieder gleichbedeutend mit dem endgültigen Verzicht auf Vermögensbestandteile, und das ist eine Zumutung, zu der die Herren Aktionäre natürlich weniger gern bereit sind als zur Inempfangnahme fetter Dividenden.

Man versteht darum, weshalb die Verhandlungen nicht recht vorwärts schreiten. Die Bankdirektionen möchten die Bilanzbereinigung

so glimpflich als möglich

für sich gestalten, um die privaten Verluste zu mildern. Zeigen sie sich der Forderung der Reichsregierung aber weiter widerspenstig, dann bleibe ihnen nur die Alternative, ihren gesamten Besitz in den Schornstein zu schreiben. Das wäre wieder allerdings eine Folge, die das Reich wegen seiner psychologischen Wirkungen auf den Kredit- und Kapitalmarkt — namentlich des Auslandes — fürchtet und weil den Bankiers und den Industriellen diese Furcht bekannt ist, darum

leisten sie Widerstand und benehmen sich gar, als ob ihnen ein unverdientes Leid geschehen soll.

Es steht zu befürchten, daß die Reichsregierung darum mit einer Bilanzbereinigung genüge nimmt, die in keinem Falle der gegebenen Situation der Banken entspricht.

Tatsache ist, daß alle Groß-Banken längst nur dank der direkten und indirekten Stützung durch das Reich bestehen können und daß bei einer gründlichen Prüfung wahrscheinlich bei keinem dieser Institute noch etwas vom Aktienkapital vorhanden ist. Dennoch soll nur eine Zusammenlegung der Aktien im Verhältnis von höchstens 4 zu 1 ins Auge gefaßt sein.

Mit der Zusammenlegung der Aktien allein wäre es aber auch noch nicht getan. Um die Banken wieder in Funktion zu setzen, müßten ihnen

neue, erhebliche Mittel zufließen, die nach Lage der Dinge nur das Reich aufbringen könnte.

Dabei ist schon heute damit zu rechnen, daß das Reich von diesem Betrag — man spricht von einer Viertelmilliarden Reichsmark — wohl kaum jemals wieder etwas zu Gesicht bekommen wird. Die ganze Sanierungsaktion würde darum auf nichts anderes als auf

eine Pleitesozialisierung von nie erlebtem Ausmaß hinauslaufen.

Doch der Clou kommt erst. Die Landgewaltigen und mit ihnen die Magnaten der Industrie, wollen wohl mit der Viertelmilliarden des Reichs ihre leeren Tresors — und damit ihre Taschen — füllen, sind aber nicht bereit, dem Reich dafür auch nur einen Teil ihrer Gewalt abzugeben, sondern verlangen, daß dieses auf jeden merklichen Einfluß von vornherein Verzicht leistet. Diese Bestrebungen stoßen im Lager Brünnings auch auf volles Verständnis. Das Reichskabinett scheint durchaus geneigt zu sein, einer solchen Lösung zuzustimmen. Eine andere Regelung riecht offenbar zu sehr nach Staatskapitalismus und dieser wieder zu sehr nach Sozialismus, als daß Herr Brünnings Bereitschaft, sich den Wünschen der Bankiers und Industriellen anzupassen, nicht begreiflich wäre. Die einzige Frage, die Brünnings quält, ist die: Wie kann eine solche Methode vor den Steuerzahlern verantwortet werden, und darum muß eine Form gefunden werden, die diesen Zustand gegenüber der Öffentlichkeit möglichst verdunkelt.

Und hier liegt die eigentliche Gefahr, die im Anzuge ist: Wir stehen vor der Tatsache, daß Hunderte von Millionen von Reichsmark aus dem Steuereinkommen in die Taschen von Privaten gestopft werden sollen, ohne daß der Steuerzahler auch nur indirekt eine Kontrolle über diese Summe erhält, wofür aber dafür die Gewißheit hat, daß er eines Tages aufs neue zum Wohle des Privatkapitals geschröpft wird.

Lügen haben kurze Beine

Die Kriegsberichterstattung über Lateinamerika

Die wirtschaftliche Krise, die die Agrar- und Rohstoffländer Lateinamerikas mit ungemildeter Wucht trifft, führt zu Aufständen, die den ganzen Kontinent durchzucken. Die bürgerliche Presse hat sich von je bemüht, die Erhebungen in diesem Erdteil als einen kleinen Faschingsulk zu betrachten, ein Operettenthema daraus zu machen. (Ähnlich wie die politischen und sozialen Kämpfe auf dem Balkan, von dem dann schließlich der Weltbrand des „letzten“ Kriegs ausging.) Es geht jetzt nicht mehr an, diese Kämpfe als vergnügliche Abergewalt zu behandeln; die Weltöffentlichkeit, so leicht sie immer noch auf Kriegsberichterstattung jeder Art hereinfällt, ist in manchen Dingen doch etwas hellhöriger und hellhöriger geworden. Hunger kann ein guter Lehrmeister sein! Daß etwas faul ist in der herrlichen kapitalistischen Welt, das haben schließlich auch die Dummsten (siehe Hitler-anbeter!) gemerkt. Also muß eine neue Maske gesucht werden und was wäre einfacher als alles auf die bösen „Bolschewisten“ zu schieben (wenn man gerade keine Juden zur Hand hat). Als ein, sicherlich unter der hohen Protektion des Dollars stehendes Ablenkungsmanöver müssen daher die folgenden Meldungen und alle ähnlichen ihrer Art betrachtet werden. Wir bringen sie, einschließlich der charakteristischen Ueberschriften im Wortlaut:

Kommunistische Verschwörung in Paraguay aufgedeckt

TU. Buenos Aires, 18. Febr. 1932.

Die Regierung von Paraguay hat eine kommunistische Verschwörung zum Sturze der Regierung aufgedeckt. Zwölf Rädelführer wurden verhaftet und zur Verbannung verurteilt.

Haussuchung in der Sowjethandelsvertretung in Uruguay

WTB. Montevideo, 18. Febr. 1932 (Reuter).

Die Polizei hat in den Räumen der sowjetrussischen Handelsvertretung eine Haussuchung vorgenommen, um zu ermitteln, ob Moskau die kommunistische Bewegung in Uruguay finanziert habe.

Sicher, man kann den Schwindel noch einige Zeit weiter machen. Die Welt will ja belogen werden. Aber Lügen haben kurze Beine. Und wenn die arbeitende und ausgebeutete Menschheit erst soweit ist, auf die Radfahrer, Juden und Kommunisten als die Verursacher alles Weltgeschehens, des Regens, Sonnenscheins und der Erdbeben, physikalischen wie gesellschaftlichen, zu verzichten, wird sie auch die Kraft haben, sich von ihren Peinigern zu befreien. So lange, wie manche hoffen, kann das nicht mehr dauern. Lügen haben doch kurze Beine!

Praktische Verwendung. Wie eine sowjetantliche Meldung aus Leningrad besagt, ist die dortige nach dem Isaak-Dom prächtigste Kathedrale der ehemaligen Hauptstadt, der Kasan-Dom, in ein Gottlosen-Museum umgewandelt worden. In der amtlichen Meldung wird als die Grundaufgabe des Museums bezeichnet, „die gegenrevolutionäre Rolle der Religion und der religiösen Organisationen“ hervorzuheben.

Der Fall Bullerjahn

Die Geschichte eines Justizverbrechens / Berichtet von Berthold Jacob

15. Fortsetzung

Der Mann mit der Maske

Die wichtigste Person ist in diesem frühen Stadium der Voruntersuchung bereits der Mann mit der Maske, jener „Große Unbekannte“, der schon am 6. Februar, also noch vor dem Termin von Bullerjahns Verhaftung, dem Kriminalkommissar Goepner die mysteriöse Geschichte von Bullerjahns angeblichem Besuch bei der Kontrollkommission erzählt hat.

Am 11. Februar werden Bullerjahn zum ersten Male diese Erzählungen des geheimnisvollen Verleumders vorgehalten. Er lehnt entsetzt ab, mit dieser Sache überhaupt zu tun zu haben. Zu der ihm vorgehaltenen Aeußerung, daß er es dem Werk noch einmal anstreichen werde, bekennt er: „Ich hatte die feste Absicht, der Staatsanwaltschaft Potsdam, bei der ein Verfahren gegen eine andere Firma schwebte, Mitteilung davon zu machen, daß von dem BKIW gefälschte Bücher vorgelegt seien.“

Vom gleichen Tage datiert ein Bericht Goepners, in dem er sagt:

Trotz seines Leugnens darf Bullerjahn auf Grund der Angaben des Vertrauensmannes als überführt angesehen werden.“

Am 3. März wird Bullerjahn zum ersten Male dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Vom Oberreichsanwalt ersucht, führt Landgerichtsrat Krüger vom Landgericht I Berlin die Untersuchung. Die Vernehmung ergibt nichts Wesentliches. Am 16. März weist das Reichsgericht die Haftbeschwerde des Verteidigers zurück. Am Tag danach schreibt Bullerjahn seinem Anwalt über die irrsinnigen Verdächtigungen des unbekanntem Zeugen:

„Die Vernehmung am 14. schlug dem Faß den Boden aus. Was da ein „Vertrauensmann“ für einen Roman fabriziert hat, ist einfach grotesk. In der Form einer Moritat wurden mir meine angeblichen Sünden am 23. Dezember vorgehalten (angeblicher Besuch bei der Kontrollkommission), so daß ich über diese ungeheure Infamie gar nicht aus dem Staunen herauskam. Vielleicht war es gut so, sonst hätte ich dem Herrn Landgerichtsrat die passenden Antworten gegeben. Es ist kein anständiger Mensch davor sicher, besudelt zu werden. Daß aber das RWM diesen Bericht scheinbar ohne nähere Nachprüfung laufen ließ, ist geradezu ungeheuerlich. Auf mich macht dieser Bericht eines Gaigenvogels den Eindruck, als ob er Zeilenhonorar bekommt. Bei der Akteneinsicht bitte ich Sie, ein besonderes Augenmerk auf diese „Vertrauensmänner“-Berichte zu haben, damit Sie diesem Geschwür übelsten Spitzeltums richtig zu Leibe gehen könnten. Der Untersuchungsrichter schloß die Vernehmung mit ungefähr folgendem Wortlaut: Für ihn liege die Sache sonnenklar, es besteht absolut kein Zweifel, daß ich den Verrat verübt habe.“

Der Untersuchungsrichter behält den Brief mit Rücksicht auf den „groben, ungebührlichen und beleidigenden Ton“ zurück und nimmt ihn zu den Akten. Der Beschwerde des Anwalts widerspricht er und äußert sich zu dem Ablehnungsantrag: „Ich erkläre mich nicht für befangen“ — und „ich erlaube mir, noch darauf hinzuweisen, daß die Vertrauensperson der Polizei in bezug auf Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit über jeden Zweifel erhaben ist. Sie gehört den ersten Gesellschaftskreisen an und hat ihre Nachrichten aus Beziehungen zur IMKK.“

Am 14. März war nämlich der „Unbekannte“ zum zweiten Male, diesmal auf mündliche Ladung des Kriminalkommissars Goepner vor dem Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Krüger erschienen. Diesmal wird er viel konkreter als das erstmalig und doch bleibt das Mißtrauen in die Wahrheit seiner Aussagen zurück, über das ein verantwortungsbewußter Untersuchungsrichter sich nicht so hinweggesetzt hätte, wie Krüger dies tat.

Der „Unbekannte“ führte aus: „Ich habe Beziehungen zur hiesigen englisch-amerikanischen Kolonie. Durch vertrauenswürdige Persönlichkeiten, welche ich dort kennengelernt habe, ist mir folgendes mitgeteilt worden:

Am 23. Dezember v. J. sei Bullerjahn bei der englischen Kommission der IMKK erschienen und hätte dort erklärt, er könne wichtige Enthüllungen über den Aufbewahrungsort verbotener Waffenteile bei den Berlin-Karlsruher Industriewerken in Berlin-Wittenau machen, über die er als Oberlagerverwalter Bescheid wisse. Die betreffenden Offiziere hätten dem Bullerjahn durch einen Unteroffizier sagen lassen, dies interessiere sie nicht und sie wünschten, mit der Sache nicht belästigt zu werden. Bullerjahn habe sich sofort darauf zu der in demselben Haus befindlichen französischen Abteilung begeben. Er sei dort dem angeblichen französischen Leutnant Jost zur Vernehmung zugewiesen worden. — Es ist mir dann

in der Kolonie mitgeteilt worden, daß Jost sofort mit drei französischen Offizieren, einem italienischen Major und einem deutschen Verbindungs-offizier Major Dühning nach Wittenau zu den Berlin-Karlsruher Industriewerken gefahren sei. Es ist mir auch mitgeteilt worden, daß Bullerjahn von der französischen Kommission für die Nachricht zirka 1400 Mark erhalten habe. . . . Mir ist bekannt, daß am 23. Dezember v. J. bei den Berlin-Karlsruher Industriewerken etwa 100 000 rohe Gewehrläufe beschlagnahmt worden sind. . . . In der Kolonie ist mir endlich noch mitgeteilt worden, daß Bullerjahn, sobald er gemerkt habe, daß er observiert wäre, an die englische Kommission

der IMKK einen Brief des Inhalts geschrieben habe, man möchte ihn nicht verraten, da er sonst ins Zuchthaus käme. Der Brief sei mit Schreibmaschine geschrieben und von Bullerjahn handschriftlich mit seinem vollen Namen unterschrieben worden. . . . Die Aussage wurde dem Zeugen vorgelesen, er erklärte, daß dieselbe in allen Punkten der Wahrheit entspreche. . . .“

Vorher hat der Unbekannte als Termin für Bullerjahns angeblichen Besuch im Hotel Bellevue nur gesagt, es sei mehrere Tage vor Weihnachten 1924 gewesen. Jetzt fixiert er das Datum. Glücklicherweise. Denn Bullerjahn wird nun die nächsten Tage damit zu tun haben, sein Alibi für den ganzen Verlauf des 23. Dezember nachzuweisen. Wann übrigens am 23. Dezember soll er denn im Hotel

Bellevue vorgesprochen haben? Früh, kurz vor 9 Uhr, erschienen doch die Kontroll-offiziere bereits in Wittenau. Glaubt jemand, daß man morgens vor 7 Uhr schon die Herren der Kommission aus dem Schlaf wecken konnte? Glaubt ein anderer, daß, falls das Erste glückte, sie sich bereitgefunden hätten, sofort, ohne jede Recherche vorher, nach Wittenau herauszufahren?

Nein: dieser Besuch war von langer Hand vorbereitet. Die französischen Offiziere wußten ganz genau um was es ging. Sie sollten die Gründe für die Nichträumung der ersten Rheinlandzone finden. Und die hohen Chefs der Kommission wußten seit allzulanger Zeit ganz genau, wo diese Gründe zu finden waren.

(Weitere Artikel folgen.)

Armut wird bestraft!

Aus dem „Fränkischen Kurier“, Oberfranken:

„Mistelfeld, 13. Februar (Mistelfeld greift ein.) Der Ortsvorsorgeausschuß Mistelfeld hat beschlossen und bekanntgeben lassen, daß Wohlfahrtsunterstützungsempfängern der Besuch von Wirtschaften wie auch das Rauchen von Zigaretten auf der Straße verboten ist. Zuwiderhandelnden wird die Unterstützung entzogen.“

*

Zur Verteidigung dieser „errungenen Freiheiten“ in Brüning-Deutschland zieht die „Eiserne Front“ unter Führung der SPD in den Krieg!

Die Rutschbahn des Kapitalismus

In- und ausländische Bahnen Rückgang der Einnahmen — Rußland allein Zunahme!

Die bürgerliche „Neue Berner Zeitung“ publiziert folgende Zusammenstellung:

Bahnen:	Einnahmenrückgang 1931 gegen 1930	— 15,1-Prozent
Deutsche Reichsbahnen (auf Ende November)	639 821 000 Reichsmark	— 13,2
Oesterreichische Bundesbahnen	72 386 000 Schilling	— 8,8
Belgien (auf Ende November)	396 156 920 belg. Franken	— 12,1
Dänische Staatsbahnen	3 430 000 Kronen	— 8,8
Frankreich (Ende Dezember)	420 670 000 franz. Franken	— 9,18
England (Ende Dezember)	14 324 000 Liversterling	— 8,4
Griechenland (auf Ende September)	2 082 424 Drachmen	— 14,6
Holland (auf Ende November)	13 432 069 Gulden	— 8,3
Italien (auf Ende September)	189 138 296 Lire	— 16,3
Luxemburg (auf Ende Oktober)	12 966 154 franz. Franken	— 18,6
Portugal (auf Ende Oktober)	23 223 928 Esc.	— 10,0
Schweden (auf Ende Oktober)	19 535 417 Kronen	— 11,3
Tschechoslowakei (auf Ende Oktober)	214 791 102 Kronen	— 6,2
Rußland (auf Ende Juni)	349 867 000 Rubel	+ 30,2
USA (auf Ende September)	804 026 802 Dollar	— 19,7
Schweiz: SBB (auf Ende November)	16 617 730 Franken	— 4,5
BLS (Dezember annähernd)	712 881 Franken	— 6,14

Neue Revolte im Fürsorgeheim

Strausberg, 7. Februar 1932.

Im Brandenburgischen Landeserziehungsheim Strausberg kam es in der vergangenen Nacht aus noch nicht geklärter Ursache zu einer Revolte der Insassen eines Schlafsaales. Die im Gartenhause untergebrachten Zöglinge, bei denen es sich um „besonders schwer erziehbare“ junge Leute handelt, verbarrikadierten gegen Mitternacht die Tür zu ihrem Schlafsaal, beschädigten die Möbel, schnitten die Strohsäcke auf und schichteten das Stroh zu einem Scheiterhaufen. Der Anstaltsdirektor versuchte auf die Zöglinge einzuwirken, konnte sich aber nicht verständlich machen. Als zwei Polizeibeamte aus Strausberg erschienen, zerschlugen die Zöglinge die Fensterscheiben und machten Miene, durch die Fenster die Flucht zu ergreifen. Aus einem Feuerwehrausgang wurde daraufhin Wasser gegen die Fenster gegeben. Bald traf auch das Ueberfallkommando ein, dessen Beamte die Zöglinge durch Schreckschüsse einschüchterten, die Barrikaden beseitigten und zehn der Rädelsführer verhafteten und ins Strausberger Polizeigefängnis einlieferten. Die übrigen Zöglinge wurden auf andere Säle verteilt.

*

Das Landesdirektorium der Provinz Brandenburg läßt eine amtliche Erklärung verbreiten, wonach „planmäßige Beeinflussung von kommunistischer Seite“ vorliegt. Eine „maßvolle Verschärfung der erzieherischen Einflußmittel“ sei schon seit längerer Zeit bei der zuständigen Stelle beantragt, aber „noch immer nicht bewilligt“ worden. Also: verschärfte Prügelpädagogik als Rezept gegen Revolten! Eine wunderbare Methode!

Aufstieg in die Substratosphäre

Bitterfeld, 18. Februar 1932.

Der Ballon „Ernst Brandenburg“ ist heute vormittag um 9,28 Uhr zu einer Substratosphärenfahrt gestartet. Die Fahrt wird in etwa 8- bis 9000 Meter Höhe verlaufen und dient der Kontrolle und Vervollständigung der Höhenstrahlenmessungen. Meteorologischer Leiter ist Sucksdorf-Berlin, Führer des Ballons ist der Bitterfelder Ballonführer Schütze. Ein zweiter Ballon, der bereits um 9,06 Uhr startete, begleitet den Substratosphärenballon in niedrigerer Höhe.

Theaterbrand in New York

New York, 18. Februar 1932

Infolge von Kurzschluß brach im Palace-Theatre am Broadway während der gestrigen Abendvorstellung ein Feuer aus, das die Bühne zerstörte. Die 1800 Zuschauer wurden von einer Panik ergriffen und flüchteten ins Freie, wobei eine Anzahl von ihnen schwer verletzt wurde.

Tod am Radiokopfhörer

Hamburg-Wilhelmsburg, 18. Februar 1932.

Auf merkwürdige Weise ist der 50 Jahre alte Eisenbahnbeamte Heinrich Meier ums Leben gekommen. Meier hatte sich mit dem Kopfhörer niedergelegt und wollte, um das Licht abzuschalten, der Bequemlichkeit halber die Birne einer elektrischen Lampe einfach locker schrauben. Hierbei muß er in den Lichtstromkreis geraten sein. Am Schädel und am Zeigefinger des Toten fand man starke Brandwunden. Eine Untersuchung des Kopfhörers und der Zuleitungsschnur ergab, daß sich am Hörer eine schadhafte Stelle befand.

Diphtherie in Gleiwitz Bereits fünf Todesopfer

Gleiwitz, 17. Februar 1932.

Von den Schülerinnen einer katholischen Volksschule im Stadtteil Brynek sind seit dem 1. Januar 1932 fünf Kinder an Diphtherie verstorben. Die Zahl der noch erkrankten Schülerinnen dieser Anstalt beträgt gegenwärtig 20. Um einer weiteren Verbreitung der Krankheit vorzubeugen, ist die Schule bis zum 6. März geschlossen worden.

Ein Wanderzirkus beinahe verhungert

Vor einigen Tagen langte in Leoben (Oesterreich) — wie die „W. A.-Z.“ berichtet — ein Wanderzirkus namens Orient ein, der sich in einem wahrhaft erschütternden Zustand befand. Neun Menschen und achtzehn Tiere — alle mitsammen fast völlig verhungert! Auf dem kurzen Straßenstück von Hinterberg nach Leoben hatten sich Mensch und Tier mehr als fünf Stunden lang dahingeschleppt. Der Leobener Tierschutzverein leitete nun eine umfassende Aktion ein, um, nachdem die Menschen gelabt worden waren, auch den Tieren Hilfe zu bringen. Aus einer rasch eingeleiteten Sammlung wurden die neun Pferde, ein Bär, ein Widder, vier Hunde und drei Affen verpflegt. Die Bevölkerung spendete 50 kg Aepfel, 20 kg Kartoffeln, 20 Brote, 200 kg Heu, 30 kg Hafer und eine Reihe weiterer Lebensmittel, um das arme Künstlervolkchen im letzten Moment vor dem Hungertod zu retten. Die armen Zirkusleute wollen zum Zeichen ihres Dankes, so bald sie sich nur ein bißchen erholt haben werden, Gratisvorstellungen in Leoben halten. Gibt es aber eine Erholung und Gesundung für Mensch und Tier in dieser gottverlassenen Gesellschaftsordnung? . . .

Lebenslängliches Zuchthaus wegen Totschlags

Das Schwurgericht in Brieg verurteilte den 30jährigen Arbeiter Rieger aus Brieg, der die Kassiererin des Stadttheaters in Brieg ermordet und beraubt hatte, wegen Raubes zu 6 Jahren Zuchthaus und wegen Totschlags zu lebenslänglichem Zuchthaus. Die Verurteilung erfolgte auf Grund eines Indizienbeweises.

Da Rieger außerdem verdächtigt wird, den Landwirtssohn Nullmeier aus Tschopowitz beraubt und erschlagen zu haben, ist die Voruntersuchung gegen ihn auch in dieser Angelegenheit eröffnet worden.

Schweres Flugzeugunglück

Metz, 18. Februar 1932.

Ein Flugzeug des Metzger Jagdfliegerregiments erlitt über dem Flugplatz Nieder-Jeutz einen Motordefekt. Der eine der beiden Insassen, Unteroffizier Bordin, sprang mit einem Fallschirm ab, der sich jedoch nicht öffnete. Bordin stürzte unglücklicherweise in einen Hochofen und verbrannte. Der zweite Flieger, Unteroffizier Senechal, stürzte mit dem Flugzeug auf eine Baracke und war auf der Stelle tot.

Schnellste Untergrundbahn der Welt

In allernächster Zeit wird zwischen Philadelphia und Norristown eine neue Untergrundstrecke eröffnet werden. Die Bahn wird die 23 km lange Strecke in einer Zeit von knapp 10 Minuten zurücklegen und somit eine Durchschnittsgeschwindigkeit von nahezu 140 Kilometern erreichen, zu deren Erzielung streckenweise eine Geschwindigkeit von 170 km gefahren werden muß.

Die Moral der Babbitts

Nach einer Mitteilung des „Kunstwart“ hat das Zollamt von Chicago die Einfuhr von Radierungen von Anders Zorn und Whistler wegen — Unmoralität verboten.

Feuilleton der SAZ

Der Pastor und die Wahrheit Ein Vortrag über die Fürsorgeerziehung

Im Zusammenhang mit der neuen Fürsorgeerziehungsrevolte in Strausberg, über die wir an anderer Stelle referieren, interessiert der folgende Bericht:

Der Verband Evangelischer Wohlfahrts-pfleger hatte ins Charlottenburger Rathaus eingeladen zu einem Vortrag von Pastor Wolff-Hannover über „Die Durchführbarkeit der Fürsorgeerziehung angesichts der gegenwärtigen Finanzlage“. Pastor Wolff ist nun nicht irgendwer; er ist einer der führenden Fachleute der Inneren Mission (I. M.).

Unzweifelhaft: Herr Wolff ist jetzt das beste Pferd im Stall der I. M. Aber er ist noch mehr — nämlich 1. Vorsitzender des AFET (Allgemeiner Fürsorge-Erziehungs-Tag), der großen deutschen interkonfessionellen Fachorganisation für Fragen der Fürsorgeerziehung. Immer wieder, wenn man an der Haltung der I. M. in der Fürsorgeerziehung Kritik übt, wird einem entgegnet, man müsse sich mal das Stephansstift des Herrn Wolff in Hannover ansehen, man würde unter Garantie begeistert sein.

Was soll es heißen, wenn Herr Wolff seinen Jungen, die sich durch die „Fürsorge“ bedrückt fühlen und ihm dies auch einmal sagen, „scherzhafter Weise“ zum Trost erwidert, daß er selbst bereits 18 Jahre lang in der Fürsorge tätig sei? Ist da nicht doch ein Unterschied, ob man in einer Fürsorgeanstalt die Rolle des allmächtigen Direktors oder die eines kleinen gequälten Zöglings spielt? Mit faulen Witzen wird man die Not der Zöglinge nicht aus der Welt schaffen! Pastor Wolff beklagte, daß sehr viele Fürsorgeerziehungsbehörden in letzter Zeit weitgehend auf die Hilfe freiwilliger Organisationen der Jugendwohlfahrts-pflege verzichteten. Die Gründe hierfür ließ er absichtlich unerörtert. Wir wissen, daß die Innere Mission gern geneigt ist, den Sozialisten, den Katholiken oder den Gottlosen hieran die Schuld beizumessen. Was sollen aber die Behörden machen, wenn z. B. plötzlich in einer preußischen Provinz kurz hintereinander zwei große Anstalten der Inneren Mission wegen tollster Mißstände geschlossen werden müssen? Uns scheint, daß Herr Wolff und seine Freunde in diesem Punkt etwas mehr Mut zur Wahrhaftigkeit haben sollten.

Nun eine hübsche Geschichte: Pastor Wolff beschäftigte einmal in seinem Haushalt ein junges Mädchen. Nachdem es bereits einige Wochen dort ist, geht es an einem schönen Sonntag mal in die Stadt, um Bekannte zu besuchen. Diese erkundigen sich bei dem Mädchen, wie es denn den Fürsorgezöglingen im Stephansstift gehe. Das Mädchen erschrickt, und als es am Montagmorgen der Frau Pastor über den Weg läuft, zieht es Erkundigungen ein: „Sagen Sie mal, Frau Pastor, gibt es hier bei uns im Stephansstift wirkliche — Fürsorgezöglinge?“ Hieraus ist zu folgern, daß Hannoversche Fürsorgezöglinge wie richtiggehende Menschen aussehen ...

Frage: Hat der erste Vorsitzende des AFET es wirklich nötig, die polizeiwidrige Dummheit seines Dienstmädchens in einen pädagogischen Triumph umzubiegen?

Im Zusammenhang mit der Erörterung von Sparmaßnahmen machte Pastor Wolff nochmals eine giftige Bemerkung über die Öffentlichkeit. „Wenn dann wirklich in Zukunft eine Hose ein zweites oder gar ein drittes Mal wird geflickt werden müssen, dann bitten wir die Öffentlichkeit nicht allzu sehr Anstoß nehmen zu wollen!“ Das ist nun wirklich allerhand! Die Öffentlichkeit hat Anstoß genommen an dem Totschlag an einem 17jährigen Jungen in Scheuen, an den niederträchtigen Mißhandlungen in den Ricklinger und ähnlichen Anstalten, jawohl! Aber wann und wo nahm sie Anstoß an einer geflickten Hose? Wann und wo, Herr Pastor Wolff? —s.

Büchereidol ohne Nase

Aus Frankfurt a. M. wird der „SAZ“ berichtet:

Irgendein Verkünder des Dritten Reichs, der seine Flegelinstinkte noch nicht abregiert hat, hat das Büchereidol „entnast“ und auch sonst derartig beschädigt, daß eine Reparatur nicht in Frage kommt. Die Neuerstellung der Büste würde etwa 1500 bis 1800 Mark kosten. Der Magistrat kann diese Summe nicht zur Verfügung stellen. Der Schriftstellerverband schlägt nun vor, die Büchereidol in ihrem gegenwärtigen Zustand wieder aufzustellen. Wir schließen uns diesem Vorschlag an. Es wäre ein Symbol, für das, was das Dritte Reich bedeutet: Barbarei!

Lenin als Kinderarzt

In einem Dorfe des schwäbischen Schwarzwaldes rückte am Sonntagmorgen eine Kolporteur-Kolonie der Kommunistischen Partei des Nachbarstädtchens ein. Nachdem verschiedene Konfitürenhändler und das Gasthaus des Dorfes abgeklappert waren, kam man zu einem Bauer.

Der Bauer: „Von welcher Partei seid ihr?“

„Wir sind überhaupt von keiner Partei. Wir verkaufen die Bücher von uns aus, um Geld zu verdienen.“

Der Bauer: „Da kaufe ich euch etwas ab. Wenn ihr von der Kommunistischen Partei gewesen wäret, hätte ich nichts gekauft.“

„Weshalb? Was haben euch die Kommunisten getan?“

Der Bauer: „Diese Schweinehunde haben mich reingelegt. Vor vierzehn Tagen waren auch solche Leute wie ihr hier und wollten Bücher verkaufen. Unter anderem boten sie mir an das Buch von einem gewissen Lenin über Kinderkrankheiten. Na, danke ich, in der Familie kann immer mal was passieren; der eine kann die Masern kriegen, der andere das Zahnweh. Ich kaufe mir das Buch für 1,50 M., und wo ich hinkomme, ist in dem Buch weiter nichts als Politik.“

BUHNE VON LINKS GEGEHEN

„Cyrano“ im Berliner Staatstheater

Es war keine „romantische Komödie“, wie uns der Theaterzettel glauben machen will, sondern eine „heroische Komödie“, die der französische Dichter Edmond Rostand in den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts um die Person des Satirikers Hercule Savinien de Cyrano aus dem Städtchen Bergerac in der sonnigen Gascogne herumdichtete.

Wer war dieser Cyrano? Eine nationale Figur, wie sie Frankreichs Bürger lieben, ein Raufbold und Fechter zum zweiten und schließlich, drittens, ein Satiriker von hohen Graden, der, wenn auch seine Werke heute außerhalb der engen literarischen Zunft kaum mehr gekannt werden, doch ein großer Anreger gewesen ist. Als er geboren wurde, 1619, da waren Shakespeare und Cervantes gerade drei Jahre tot. Der klassische Dramatiker Frankreichs, Molière war Cyranos Zeitgenosse und hat, nicht nur in seinem „Scapin“, Cyranos Ideen auf die Bühne gebracht. Cyrano hat mit seiner satirischen Geschichte der Staaten und Kaiserreiche des Mondes sowohl Voltaires „Mikromegas“, als auch Swifts Gulliver-Fabel angeregt. All das klingt in Rostands Bühnenwerk an. Aber in dem Stück findet sich doch nur dürftige Anspielung darauf, daß dieser Cyrano auch ein Wortführer der Opposition gegen das Frankreich beherrschende Regime des Sonnenkönigs, Ludwig XIV., war, daß er einsam seinen Weg ging und schließlich durch Meuchelmord endete.

Rostand zeigt den Dichter und Soldaten Cyrano im Kreise der „Preziosen“, jener Damen vom Hof des Sonnenkönigs, in deren Dienst die Galanterie der Zeit sich stellte. Sein Schicksal ist die Nase, „dieser Trumm von Nase“, die mißgestaltet ihrem Träger jede Hoffnung auf Frauengunst raubt und derentwegen er, der die Lächerlichkeit über alles fürchtet, zurückstehen muß im Liebesgefecht. Aber jeden, der diese Nase nur schnell anzuschauen oder der gar seine Glosse über sie zu drechseln wagt, durchbohrt der spitze, ewig nackte Degen des heißblütigen Junkers aus der Gascogne.

Seine Base Roxane, die er heimlich liebt und von der er sich einen Augenblick, als sie ihm ein Stelldichein bietet, wieder geliebt glaubt, lehrt ihn erkennen, daß ihm der fade, aber hübsche Junker Christian vorgezogen wird, der in der gleichen Kompagnie der königlichen Garde dient. Und diesem faden Christian leiht dann Cyrano seinen Geist, hilft ihm, die angeschwärmte Preziose zu erobern. Und als Christian im Feldlager vor Arras früh unter den Kugeln der Spanier fällt, da bewahrt Cyrano das Geheimnis der süßen Liebesbriefe, die er für Christian an Roxane schrieb, bis zu seiner letzten Stunde im Garten des Klosters, wo Roxane mit ihrem Leid um den schönen Geliebten trauert (und wohin der Vetter allsamtäglich seine Schritte lenkt, um mit seiner Wochenchronik der Roxane die Zeitungsblätter zu ersetzen). Dorthin schleppt er sich auch am Tage des Attentats, den zerspaltenen Schädel tief in das Barett verhüllt, und jetzt erst er-

fährt Roxane, die ihm auf sein Bitten endlich den letzten Brief Christians lesen läßt, wer die Briefe schrieb; erfährt, daß sie fünfzehn Jahre um den Falschen getrauert hat, in dessen Hülle der Geist, den sie mehr liebte als den schönen Körper, niemals gelebt hat. Und hier ereilt Cyrano der Tod, nicht wie er erhofft, „ruhmvoll im Herzen den geschliffenen Degen und auf den Lippen ein geschliffenes Wort“. Auch sein Tod ist ihm mißglückt, wie ihm sein Leben mißglückte.

Ludwig Fulda hat Rostands schönes Verspiel in deutsche Reime übertragen, die bei aller Kunstfertigkeit doch manchmal ein wenig plump anmuten. Im Deutschen verliert das Stück manchen Reiz, manches Wortspiel geht verloren, das man nicht missen möchte.

Es ist ein Starstück. Wichtig ist nur die Rolle des Cyrano. Sie hatte der Intendant Legal mit L o t h a r M ü t h e l besetzt, einem Schauspieler von gewissen Fähigkeiten, aber niemals geeignet für die Darstellung des Cyrano, der hier fast ausschließlich als Raufbold gezeigt wird, während man den Mondwanderer recht in den Hintergrund drängt. Im April 1922, vor zehn Jahren fast, gab bei Reinhardt W e r n e r K r a u ß die Rolle, die für das deutsche Theater der verstorbene J o s e f K a i n z neu geschaffen hat. Krauß, der in jedem Finger ein besserer Cyrano war als Mützel es ist, hätte sie auch heute spielen sollen. Als Reinhardt vor etwa Jahresfrist den Cyrano mit Krauß neu ankündete, brach der Schauspieler in Wien ein Bein; diesmal hinderte ihn eine andere Verpflichtung. Schade darum!

Die Roxane wurde Fräulein Gerda M a u r u s anvertraut, einer Filmdiva ohne besondere Gaben. Sie sieht nett aus; ihr Spiel ist weniger nett. Die andern Rollen bedürfen keiner Erwähnung. Legals Regie übersah Wesentliches. Jacob.

Kleines Feuilleton

„Im Westen nichts Neues“

Unter diesem Titel wurde soeben in der Ukraine ein Film vollendet, der das Zukunftsbild eines neuen europäischen Krieges darstellt.

Langlebigeres Zeitungspapier!

Im Chemischen Bundeslaboratorium in New York ist man gegenwärtig mit Versuchen beschäftigt, die auf eine Erhaltung der modernen Zeitungen abzielen. Den Anlaß dazu gab die Feststellung, daß alle amerikanischen Presseerzeugnisse, die in den Jahren 1873 bis 1927 gedruckt wurden, zu raschem Verfall verurteilt sind. Kurz nach dem Jahre 1870 begann man an Stelle des Haderpapiers aus Holz oder Stroh hergestelltes Papier zum Druck von Tageszeitungen zu benutzen. Erst im Jahre 1927 entschlossen sich die Verleger einiger Blätter, um diesen eine längere Lebensdauer zu geben, einige Exemplare auf aus Lumpen hergestelltem Papier zu drucken. Es sind das jene Exemplare, die in den Sammlungen der öffentlichen Bibliotheken aufbewahrt werden. Im Bundeslaboratorium ist man jetzt dabei, verschiedene Präparate praktisch zu erproben, die dazu dienen sollen, allen Erzeugnissen der Tagesliteratur der modernen Zeit eine längere Lebensdauer zu sichern.



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

50. Fortsetzung.

Es wäre ihm ganz und gar nicht erwünscht, wenn die Feier auf Schwierigkeiten stoßen würde, die gehörten nicht zu seinem Plan. Herr Fish war im Augenblick für keine Improvisationen. Er wollte Herrn Strong überraschen und verblüffen, ihm zeigen, daß er sich nicht einschüchtern ließe und ihm gefährlich werden konnte. Aber eine Ueberraschung von anderer Seite stört Herrn Fishs Pläne. Er versucht auf eigene Faust die Kellner zu beschwichtigen.

Diesen beginnt es jetzt aufzufallen, daß er ein Neuer ist. Wozu versucht er, sich in alles hineinzumischen; ist er ein Lockspitzel? Herr Fish ist allein. Der „schöne Alex“ zeigt sich nicht im Eßsaal, er sitzt im Wartesaal der Kellner. Er will Herrn Fish, wenn nötig, seine weitere Unterstützung für den Abend nicht versagen.

Die Kellner machen immer noch keine Anstalten, in den Saal hinüberzugehen; es fallen ihnen im Gegenteil immer neue Wünsche ein. Sie fordern nicht nur besseres Essen, die Möglichkeit sich zu organisieren, sondern auch noch eine besondere Zulage.

Ja, es gibt sogar einige, die Anstalten machen, in den Ballsaal hinüberzugehen. Im Gehirn des Maître d'hotel spukt ein furchtbarer Gedanke. Wie, wenn es den Kellnern einfiel, den wunderbaren Feengarten zu zerstören, wenn sie sich an den Blumen und Schmetterlingen vergreifen? Wenn sie das Gold, das Silber und die Kristalle durchleeren? Wenn sie sich an den aufge-

stellten Speisen gütlich tun würden, wenn sie sein wunderbares Werk zerstörten?

Er muß sie beruhigen, muß ihnen Versprechungen machen.

Er spürt den Schweiß unaufhaltsam aus allen Poren hervorbrechen und hat das Gefühl, als versagten alle seine Glieder den Gehorsam.

Und die Uhr! Der Zeiger der Uhr rückt unaufhaltsam vorwärts.

Er hält eine Rede an die Kellner, seine Stimme schmeichelt, seine Stimme beschwört, und er macht Versprechungen, jede Versprechung, die man nur von ihm verlangt.

16.

Die Korridore am Ausgang des Personals haben sich wieder gefüllt.

Mit unglaublicher Schnelligkeit hat es sich herumgesprochen, daß die Kellner im Ballsaal in Streik treten wollen. Kam die Nachricht durch das Küchenpersonal oder die Garderobieren, kam sie durch die Speisenträger oder die Musiker? Jedenfalls gab es in kurzer Frist niemanden, der nicht von ihr wußte.

Sie wurde auch bald ausgeschmückt verbreitet, ins Phantastische vergrößert.

Man erzählt sich, daß die Kellner im Ballsaal alles kurz und klein schlugen, daß die Polizei benachrichtigt sei, und daß man auf wahre Kämpfe vorbereitet sein müsse. Das Personal, das sich noch im Hotel aufhält und nicht arbeiten muß, fährt hinunter zum Ausgang, um letzte und authentische Berichte zu erhalten.

Sogar die alte Nanny erscheint, die sonst immer ihre freie Zeit regungslos sitzend in ihrem Zimmer oben verbringt.

Sie hatte schon schwere Lohnkämpfe mitgemacht, bei denen auch Blut floß. Sie erzählt den Umstehenden davon, aber da sie keine Zähne im Mund hat, ist es schwer, sie zu verstehen.

Auch Celestina ist gekommen; sie war bisher oben geblieben, weil sie befürchtete, Shirley könnte meinen, die Mutter spioniere ihr nach. Nein, das wollte sie nicht mehr tun, denn sie hatte das untrügliche Gefühl, sie könne ihre Tochter nicht mehr verlieren.

Jemand sagt in der Nähe: „Die Kleine hat alle aufgewiegelt.“

„Ja, wenn es anfängt unruhig zu werden, kommt es früher oder später doch zu einem Ausbruch.“

„Wenn die Leute anfangen zu sehen, ist es nicht so leicht, sie wieder blind zu machen.“

„Die Direktion wird unbarmherzig aufräumen.“

„Wenn wir es zulassen.“

„Pah, was können wir schon viel tun?“

„Weil ihr nichts weiter sagen könnt, als dieses: 'was können wir schon tun'. Können wir auch wirklich nichts tun?“

„Hast du vielleicht Lust zu streiken, wenn man die Kleine an die Luft setzt?“

„Es würde nicht nur dabei bleiben. Die Kellner werden der Gesellschaft schwerer im Magen liegen.“

„Wenn es sich um etwas Wichtiges handelt, will ich auch dabei sein.“

„Aber dumm ist die Kleine doch nicht.“

„Vielleicht kann sie später noch einmal etwas Richtiges werden.“

Celestina zweifelt nicht: man wird Shirley wegschicken und niemand wird versuchen, sie zu halten. Aber sie würde sich schon weiterhelfen können, sie ist jung und kann arbeiten.

Shirley steht an die Wand gelehnt und spricht wieder mit Fritz.

Ihre Blicke wandern unruhig umher.

Wieder kommen neue Nachrichten aus dem Ballsaal.

Män hätte die Forderungen der Kellner bewilligt.

„Nun, fraust du dich nicht, daß alles in Fluß kommt? Siehst du, wenn wir zusammenhalten haben wir auch die Macht.“

„Ich habe gehört, daß wir dumm sind. Ist es wahr, daß man vor unserer Nase Kriege vorbereitet und wir nichts davon merken?“

„Ich ahnte nicht, daß du soviel weißt. Hast du dich schon mit allen diesen Fragen beschäftigt?“

„Ich weiß, daß man viel Geld haben muß, wenn man nicht will, daß einem Böses geschieht.“

„Du hast merkwürdige Gedanken.“

„Ich habe da einiges gehört von jemandem, der sich als besonders klug aufgespielt hat, — aber er ist auch sicher klug, klüger als ich oder du.“

„So, du bist ja sehr nett. Ich möchte ihn sehen, den du für so viel klüger hältst als mich.“

„Vielleicht hast du ihn sogar gesehen. Siehst du, er hat auch nichts und lebt doch gut, genau so, als ob er reich wäre.“

„Und das hältst du für so besonders klug?“

„Natürlich, wir müssen schwer arbeiten und haben doch nichts.“

„Aber weißt du denn nicht, daß, wenn wir nur wollen, wir viel mächtiger und viel reicher werden können als der mächtigste, reichste Millionär? Dann könnte alles uns gehören, alles, was wir sehen, alles, was uns umgibt. Alles!“

„Das glaub' ich nicht. Das ist ja gar nicht möglich!“

„Freilich würde uns das nicht alles in den Schoß fallen. Wir müßten dafür kämpfen, arbeiten, lernen.“

„Aber wie?“

„Ich werde dir die Bibliothek zeigen. Wir gehen zusammen hin. Du wirst sehen, wie viele Bücher es dort gibt. Liest du manchmal?“

„Nur Sachen, über die man lachen kann. Aber vielleicht ist auch anderes interessant. Wenn du es mir gut erklären kannst ...“

„Willst du immer noch nicht ins Freie?“

„Nein, ich muß noch warten.“

Göttingen

Im „Volksblatt“ Nr. 36 wird in Anzeigen und im Text für die „Eiserne Front“ Reklame gemacht, und aus allen Orten des Verbreitungsgebietes werden Berichte veröffentlicht, wie stark die „Eiserne Front“ ist und welche Begeisterung in den Versammlungen zum Ausdruck kommt. In derselben Nummer des „Volksblattes“ befindet sich aber auch ein Aufsatz „Arbeitslager für Arbeiter, Bauern und Studenten“. In diesem heißt es: „Uns wird geschrieben: Vom 1.—24. März wird ein Arbeitslager Göttinger Arbeiter, Bauern und Studenten stattfinden. 30 Erwerbslose und 30 Studenten werden hinausziehen, um in einem Dorf in der Nähe von Göttingen das Lager aufzubauen. Das Arbeitslager wird organisiert von dem Göttinger Arbeitslager-Ausschuß. Dieser besteht zunächst nur aus Studenten; es wird jedoch erstrebt, auch Arbeiter für die organisatorische Mitarbeit zu gewinnen. Die Mittel zur Durchführung des Lagers werden für die Erwerbslosen von der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, für die Studenten von Hochschulanstalten aufgebracht. Die finanzielle Förderung des Lagers durch die Reichsanstalt setzt voraus, daß die Zusammenfassung von Arbeitsgruppen im Arbeitslager nicht für politische oder staatsfeindliche Zwecke mißbraucht wird.“ — „Zur Teilnahme am Göttinger Arbeitslager kann sich jeder erwerbslose Arbeiter und Bauer — gleich welcher Parteizugehörigkeit — beim Arbeitslager-Ausschuß melden. Er erhält im Lager kostenlose Unterkunft, gute Verpflegung und ein tägliches Taschengeld von 50 Pfg.“ Ziemlich eine Spalte braucht das „Volksblatt“ zur Reklame für das Arbeitslager, ohne auch nur ein Wort zur Erläuterung — mit Ausnahme bei der Bemerkung, daß es im Lager nicht zu politischen Auseinandersetzungen kommen würde — zu bringen. Also hier ist ein Beispiel für die Zweideutigkeit der SPD-Prese klar gegeben. Auf der einen Seite „Eiserne Front“, auf der anderen Zusammenarbeit, womöglich mit den reaktionärsten Studenten. Wer sich als Sozialdemokrat mit den bürgerlichen Parteien einläßt, wird von ihnen verfressen werden, wie so viele Beispiele beweisen.

Düsseldorf

Neuer Kursus im Rettungsschwimmen. Die Freien Schwimmer Düsseldorf 1910 e. V. beginnen am 6. März einen weiteren Kursus für Rettungsschwimmen, welcher wie die früheren Kurse allen freien Organisationen zur Beteiligung offen steht. Es ist schon oft genug darauf hingewiesen worden, wie überaus wertvoll diese Lehrgänge besonders für solche Verbände sind, welche Jugendgruppen haben. Es bedeutet für die verantwortlichen Leiter der Jugendgruppen eine große Entlastung, wenn in den Reihen der Jugend einige perfekte Rettungsschwimmer anwesend sind, die im Fall der Not erfolgreich eingreifen können. Die zahlreichen Kulturverbände der Arbeiterschaft sollten es sich zur Pflicht machen, einige Teilnehmer zu dieser planmäßigen Schulungsarbeit im Rettungsschwimmen zu entsenden. Der Kursus dauert etwa acht Wochen und findet jeden Sonntag um 11.30 Uhr in der Badeanstalt Grünstraße statt. Vorherige Meldungen sind zu richten an Karl Bayer, Kaiserswertherstr. 87. Anmeldungen können auch noch zu Beginn des Lehrganges, am 6. März, in der Badeanstalt Grünstraße erfolgen.

Frankfurt a. M.

Verwirrungsmanöver der KPD. In der Montagsnummer der kommunistischen „Arbeiterzeitung“ steht unter der Überschrift „Die SAP fälscht“ folgende Notiz: „Der Distriktvorstand der SAP von Bockenheim hat eine Einladung an die SPD zur Teilnahme an einem Abwehrkartell gegen die Nazis für Bockenheim gerichtet. In diesem Abwehrkartell sollen je drei Mitglieder der KPD, SAP und SPD sitzen. Die SAP stellt in dieser Einladung die Behauptung auf, daß dieses Kartell auf gemeinsamen Beschluß von KPD und SAP Bockenheim gegründet worden sei. Wir stellen fest, daß es sich hier um eine gemeine Fälschung handelt.“ Glücklicherweise haben wir gerade die kommunistische Arbeiteröffentlichkeit als Zeugen dafür, daß hier die „Arbeiter-Zeitung“ bewußt lügt. In einer öffentlichen KPD-Versammlung haben wir den Vorschlag gemacht, ein Abwehrkartell gegen den Faschismus für die gesamte Bockenheimer Arbeiterschaft zu bilden, und für den Fall der Annahme vorgeschlagen, einen Brief an die SPD in Bockenheim zu richten, um auch sie zur Beteiligung aufzufordern. Die Versammlung nahm zu diesem Vorschlag keine Stellung. Damit konnte natürlich der Brief nicht abgeschickt werden, denn er hätte ja nur die notwendige Wirkung mit der Unterschrift der KPD haben können. — Die Lüge der „Arbeiter-Zeitung“ hat kurze Beine, und die denkenden Mitglieder der KPD in Bockenheim wissen schon, daß diese Lüge nur gedruckt wurde, um die Einheitsfront in Bockenheim zu sabotieren. Wir werden aber nicht erlahmen, an der Herstellung der proletarischen Einheitsfront weiterzuarbeiten. Wir werden sie schaffen, auch über die Redakteure der „Arbeiter-Zeitung“ hinweg!

Nazipredigt in der Erlöserkirche in Praunheim. In der Erlöserkirche in Praunheim fand eine Nazihochzeit statt, bei der der Bräutigam in Naziuniform erschien. 30 SA-Leute, alle in Uniform, marschierten auf. Der Herr Pfarrer hielt eine Nazired, die sich gewaschen hatte. „Lieber Kamerad“ redete er seinen Gesinnungsgenossen an. — Was wäre wohl passiert, wenn ein Pfarrer von der Kanzel herab zu seinen „Genossen“ gesprochen hätte. Dem Mann wäre das gleiche geschehen wie Pfarrer Eckert. Doch dem Prediger des Dritten Reichs wird man kein Haar krümmen.

Reichsgelder für die Bornheimer Bank. Die Bornheimer Bank mußte bekanntlich am 6. Oktober ihre Schalter schließen. Nach den Mitteilungen der Verwaltung der Bank erhält diese nun einen Reichszuschuß von 120 000 Mark. — Das Reich sozialisiert, aber nur die Schulden der Banken.

Neue Kürzung der Wohlfahrtssätze!

In Düsseldorf haben die rheinischen Wohlfahrtsdezernenten beschlossen, die Richtsätze für die Wohlfahrtsempfänger zu kürzen. Danach wird ab 1. März der Satz für Alleinstehende um 2 Mark und ab 1. April um weitere 2 Mark gesenkt, wozu noch die Kürzungen für Frau und Kind wie auch für die gehobene Fürsorge (Sozial- und Kleinrentner) kommen. Begründet wird dieser Abbau mit der katastrophalen Finanzlage, die durch das ständige Steigen der Zahl der Unterstützungsbedürftigen, insbesondere der Wohlfahrtserwerbslosen, eine ungeheure Verschärfung erfahre.

Für Düsseldorf wirkt dieser Abbau besonders empörend, da erst vor kurzem die Sätze um 10 Prozent gekürzt sind, so daß im halben Jahre ein Abzug von 20 Prozent herauskommt. Es ist geradezu eine Verhöhnung der Wohlfahrts-

erwerbslosen, wenn dieser ungeheure Abzug mit einem Sinken der Indexziffer, der in diesem Zeitraum nur ungefähr 5 Prozent ausmacht, gerechtfertigt wird. Es ist in diesem Zusammenhang interessant, daß dieser Tage eine bürgerliche Zeitung gegen den unzulässigen Wohnungsaufwand der Stadt bei dem Wohlfahrtsdezernenten protestierte.

Der gesamte Arbeiterschaft gebietet nicht nur ihre solidarische Pflicht, sondern darüber hinaus ihr ureigenstes Interesse, alles zu unternehmen, um den geplanten Unterstützungsraub zu verhindern. Die Wohlfahrtserwerbslosen sind das Schicksal der noch in Arbeit Stehenden: nach Karl Marx bestimmt die industrielle Reservearmee den Lebensstandard der Arbeitenden. Es ist unbedingt notwendig, sämtliche proletarischen Organisationen, besonders aber die Gewerkschaften und den ADGB, gegen diesen neuen Unterstützungsraub zu mobilisieren.

Anrufungsfrist bei Mietstreitigkeiten verlängert. Ursprünglich war lt. Verordnung vorgesehen, daß bei Streitigkeiten über Mietensenkungen das Mieteinigungsamt bis spätestens 25. Januar angerufen werden müsse. Die Frist ist jetzt verlängert worden. Der Mieter kann bis zum 1. März das Mieteinigungsamt zwecks Feststellung der Mietanrufer.

Um die Pension. Eine Krankenschwester war mehr als 10 Jahre in ihrem Beruf im Städtischen Krankenhaus tätig. Drei weitere Jahre war sie als Näherin im Städtischen Krankenhaus beschäftigt. Sie verlangt nun von der Stadtgemeinde die Pensionierung entsprechend den Richtsätzen für Beamte. Vor dem Arbeitsgericht erklärte der Vertreter der Stadt, die Klägerin sei nicht nach ihrem Ausscheiden aus ihrer Schwesternstellung, sondern erst im Verlauf ihrer Tätigkeit als Arbeiterin dienstuntauglich geworden. Sie könne daher nur nach den Sätzen für städtische Arbeiter pensioniert werden. Das Arbeitsgericht nahm den gleichen Standpunkt ein. Die Klage wurde abgewiesen. — Die Klägerin hat Berufung eingelegt.

Mainz

Die „Eiserne Front“. Auch der Stadtteil Mainz-Kostheim soll nun seine „Eiserne Front“ erhalten. Wenigstens ist ihm jetzt schon eine örtliche „Kampfleitung“ gegeben worden. In einer Versammlung am Montagabend waren die Vereinsvorstände der freien Vereine geladen. Die etwa 30 versammelten Personen, fast alles treue SPD-Männer, verzeichneten ein Durchschnittsalter von 45 bis 60 Jahren. Von der Jugend war so gut wie nichts zu sehen. Unser Genosse Janneck wies den Versammelten die Hohlheit der „Eiserne-Front“-Parolen klar und eindeutig nach. Nicht „Schutz der Demokratie“, die in Wirklichkeit nicht mehr bestehe, sei gegenwärtig die Aufgabe der Arbeiterschaft, sondern die Schaffung einer geschlossenen Klassenorganisation zum Sturz des kapitalistischen Systems. Daß die Ausführungen unseres Genossen nicht zwecklos waren, bewiesen Zustimmungserklärungen einiger Genossen nach Beendigung der Versammlung.

Was der „Volkszeitung“-Berichterstatte darüber meldet. Ueber die Kostheimer Gründungsversammlung der „Gußeisernen“ weiß der „Volkszeitung“-Berichterstatte nur zu melden, daß der Genosse Janneck einziger Gegner gewesen sei. Er vergaß aber zu melden, daß eine Reihe von Vorstandsmitgliedern der einzelnen Vereine aus Gegnerschaft zur „Eisernen“ überhaupt nicht zur Versammlung kam. Doch der Berichterstatter, der zu gleicher Zeit auch der Versammlungsleiter war, weiß schon am nächsten Tag nicht mehr, über was er abstimmen ließ. Sonst könnte er nicht schreiben, daß Genosse Janneck noch nicht einmal den Mut aufbrachte, konsequent zu bleiben und gegen die Gründung zu stimmen. In Wirklichkeit kam es wegen der Gründung überhaupt nicht zur Abstimmung. Die einzige Abstimmung, die der Versammlungsleiter, Genosse Herbert, vornahm, war die Abstimmung über die in der „Kampfleitung“ vorgeschlagenen Genossen. Bei dieser Abstimmung verhielten sich allerdings der Genosse Janneck und Hairal vom Arbeiter-Radfahrerverein der Stimme, weil es sich ja hier um eine ganz nebensächliche Sache handelte.

„Unsere Stellung zur KPD“ lautete das Thema der letzten Parteiversammlung. Genosse Fr. Janneck sprach darüber. Der Redner behandelte eingehend die uns grundsätzlich und taktisch von der KPD trennenden Fragen. Die mit Beifall aufgenommenen Ausführungen fanden in der Diskussion Widerhall. Zur Frage der Reichspräsidentenwahl schloß sich die Versammlung, nachdem sich die Mitglieder bereits in einer vorausgegangenen Versammlung gegen eine Eigenkandidatur ausgesprochen hatte, dem neuen Vorschlag der Parteileitung, im ersten Wahlgang für Thälmann zu stimmen, an. Organisationstechnische Fragen bildeten den übrigen Teil des Behandlungsthemas.

Wetzlar

Die erste Unterbezirkskonferenz der SAP wählte in den Unterbezirksvorstand: 1. Vorsitzender August Kegel, Wetzlar, 2. Vorsitzender R. Köhler, Nauborn, 1. Schriftführer F. Döbus, Krodorf, 2. Schriftführer H. Füller, Wetzlar. — Genosse Köhler berichtete über die Bezirksvorstandssitzung am 28. Januar in Frankfurt. — Genosse Kegel, Wetzlar, wurde einstimmig zum

Delegierten für Plauen bestimmt. — Weiter wurde lebhaft die Reichspräsidentenfrage besprochen. Es besteht die einmütige Ansicht, sich nach den in Frankfurt und Berlin beschlossenen Thesen zu richten. — Sodann wurde ein Antrag des Genossen Köhler, 10 Prozent der Beiträge an den Unterbezirk abzuführen, besprochen und angenommen. Diese Beiträge dienen lediglich zur Bestreitung von Parkkosten, Porti, Propaganda usw. Genosse Füller wurde mit der Verwaltung der Beiträge betraut. — Zum Schlusse wurden noch Presseangelegenheiten, Organisationsausbau und Referentenvermittlung besprochen.

Darmstadt

Eine Erwerbslosenversammlung, die der Erwerbslosenausschuß einberufen hatte, war zum größten Teil von Kommunisten besucht. Anfänglich bemühten sich der Leiter und der Redner, Landtagsabgeordneter Sumpf (beide Kommunisten), den Schein einer Ueberparteilichkeit zu wahren. Als aber im Lauf der Diskussion an der seitherigen Arbeit des Ausschusses Kritik geübt wurde, zeigte sich mehr und mehr, daß das ganze nur eine Wahlversammlung der KPD war. Ein syndikalistischer Genosse, der jahrelang im Ausschuß mitgearbeitet hatte, wurde ausgeschlossen. Als er darauf in der Diskussion seine Meinung verteidigte, kam es zu lauten Sturmzügen, und die Polizei war nahe daran, die Versammlung aufzulösen. Bei der Erklärung aber, die ein Nationalsozialist abgab, der 9 Jahre Mitglied der NSDAP war und erst heute erkannt hat, daß die NSDAP keine sozialistische Partei ist, herrschte größte Ruhe. Als er dann seinen Uebertritt zur KPD vollzog, klatschten die Kommunisten frenetisch Beifall. An der Mitarbeit wirklich evolutionärer Arbeiter ist den Kommunisten wenig gelegen, aber Freudentänze führen sie auf um einen geschätzten SA-Unteroffizier. In den Erwerbslosenausschüssen wollen die Kommunisten mit Angehörigen aller Parteien zusammenarbeiten, auch mit denen der SAP und des SJV, während sie im übrigen politischen Kampf jede gemeinsame Aktion verhindern. Gerade der KJV Darmstadt hat in dieser Hinsicht bis jetzt allerhand getan. Wir aber werden weiter arbeiten für die gemeinsame Aktion aller Arbeiter.

Und das soll keine Klassenjustiz sein? Vom hiesigen Schwurgericht wurde der Nationalsozialist Stier, ein Ingenieur, der im vergangenen Jahr vor dem Arbeitsamt in Groß-Gerau zwei Arbeiter erschossen und einen dritten schwer verletzt hatte, von der Anklage des zweifachen Totschlags und des Totschlagsversuchs freigesprochen und nur wegen fahrlässiger Körperverletzung und Vergehens gegen das Gesetz über Waffenmißbrauch und das Schusswaffengesetz zu einer Gefängnisstrafe von 8 Monaten verurteilt, wovon 6 Monate 2 Wochen verbüßt sind. Der Staatsanwalt hatte 4 Jahre Gefängnis beantragt. — Dieses Urteil ist eine einzige Provokation und hat in der Arbeiterschaft große Empörung hervorgerufen. In Berlin werden Nazis wegen schweren Landfriedensbruch zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt, in Sachsen Kommunisten wegen schweren Landfriedensbruch zu 15 Jahren Zuchthaus, in Essen wird gegen Kommunisten die Todesstrafe beantragt, in Darmstadt wird ein doppelter Arbeitermörder freigesprochen. Das ist das Gesicht der deutschen Justiz!

Neustadt a. d. Haardt

Die Schutzbundversammlung am 16. Februar nahm einen überraschenden Verlauf. Bei der Diskussion über die „Eiserne Front“ stellte ein neugeworbener Genosse die Frage, warum denn die Genossen Seydewitz und Rosenfeld eine neue Arbeiterpartei gegründet haben. Darauf entspann sich eine äußerst interessante und belehrende Diskussion. Ausgezeichnet waren die Ausführungen des Gen. Schreiber. Schließlich war der Genosse von unserer Sache überzeugt, und die Versammlung beschloß mit Begeisterung, in Zukunft weitere derartige Schulungsabende durchzuführen und dazu auch Nichtmitglieder zuzulassen.

Die Freie Turnerschaft hält am Samstag, 20. Uhr, ihre diesjährige Generalversammlung im Turnerheim Schöntal ab. Wir erwarten, daß alle Genossen, die Mitglieder der Freien Turnerschaft sind, diese wichtige Versammlung besuchen.

Bruchhof (Palz)

Eine Konferenz des Unterbezirks Westpfalz der SAP tagte am vergangenen Sonntag in Bruchhof. Genosse Ferdinand Kühn eröffnete sie und gab anschließend einen kurzen

Ueberblick über den Stand der Bewegung in der Westpfalz. Er konnte einen erfreulichen Aufstieg der einzelnen Ortsgruppen und eine verstärkte Ausdehnung unserer Grundsätze innerhalb der Arbeiterschaft berichten. Ueber die Bewegung in der Pfalz berichtete der Bezirksvorsitzende, Genosse Hans Schreiber, der gleichfalls eine verstärkte Ausbreitung der SAP in der Pfalz berichten konnte. Die Wahl der Unterbezirksleitung hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Ferdinand Kühn, Bruchhof; 2. Vorsitzender: Erwin Blinn, Bechhofen; Kassierer: Richtscheid, Bechhofen; Deutscher: Eugen Neumann, Lambsborn, Albert Mauerer, Bruchhof. In der Aussprache brachten verschiedene Vertreter Vorschläge zur weiteren Ausbreitung unserer Partei und hegten den Wunsch, daß der Parteivorstand die Revolutionserinnerungen des Genossen Ledebour und die Matrosenrevolte, die beide in der „SAZ“ erschienen, in Broschürenform herausgeben möchte.

Lambsborn

In einer öffentlichen Versammlung, die sehr gut besucht war, sprach am vergangenen Sonntag Genosse Hans Schreiber-Neustadt a. d. Haardt über das Thema „Tolerieren oder kämpfen“. Seine Ausführungen wurden mit starkem Beifall aufgenommen, und es konnte, da mehrere Besucher sich in die Partei aufnehmen ließen, eine SAP-Ortsgruppe gegründet werden. — Lambsborn war ehemals eine sozialdemokratische Hochburg. Sie ist kläglich zusammengebrochen. Schuld daran tragen nicht die Mitglieder dieser einst so stolzen Ortsgruppe, sondern schuld daran, daß diese Ortsgruppe heute nur noch 9 Mitglieder zählt — es waren ihrer über 40 — ist die verhängnisvolle Tolerierungspolitik der Parteiführer der SPD. Diese Politik hat die Arbeiterschaft entmutigt und zur Passivität verurteilt. Es gilt nun diese Genossen aus ihrer Passivität herauszureißen, für die SAP zu gewinnen und aktiv zu machen für die Zukunft.

Waldkirch i. Br.

Der Gott, der Eisen wachsen ließ, — das ist die SPD. Die Waldkircher SPD, die seit der Spaltung der Partei nach den Worten Stefan Meiers aktionsunfähig ist, bemüht sich mit Hilfe aller Tricks und gelinder Unterstützung der Arbeitersportvereine, ihr geübertrenntes Kind zur Welt zu bringen. Am 21. Februar soll eine Kundgebung sein, die beweisen soll, daß die „Eiserne Front“ jetzt zum aktiven Kampf für den Sozialismus übergeht. Bis jetzt ist die Begeisterung nicht groß. Der Gesangsverein soll die Versammlung „imposant“ machen, aber die Mitglieder sind nicht alle für die Teilnahme. Der Touristenverein „Die Naturfreunde“, der in seinem achtköpfigen Vorstand fünf SAP-Genossen sitzen hat, nahm in seiner von 25 Mitgliedern besuchten Monatsversammlung zum „freiwilligen Arbeitsdienst“ und zur „Eisernen Front“ Stellung und hat seinen Willen in folgender Entschließung zusammengefaßt: „Der Ortsgruppe Waldkirch des TV. „Die Naturfreunde“ ist bekannt, daß sich die Zentralkommission für Arbeitersport unter einigen geringfügigen Bedingungen für den „freiwilligen Arbeitsdienst“ erklärt hat. Sie ist der Ansicht, daß der freiwillige Arbeitsdienst die Keimzelle einer militaristisch organisierten Streikbrecher- und Lohndrückertruppe ist, als deren Unteroffiziere sich die Nazis heute schon betrachten. Die Ortsgruppe lehnt deshalb diesen Beschluß der ZK mit aller Entschiedenheit ab und verurteilt es, daß er ohne jede Fühlungnahme mit den Massen der Arbeitersportler diktatorisch zustande kam. Eine Beteiligung an der „Eisernen Front“, die ebenfalls von Zentralinstanzen diktiert wurde, kommt für die Ortsgruppe nicht in Frage. Schon das Zusammengehen mit bürgerlichen Organisationen ist ein Fehler, da diese den Kampf für den Sozialismus mit Sicherheit sabotieren werden. Die Ortsgruppe Waldkirch des TVDN sieht die eiserne Front nur als ein Schutzschild für die Tolerierungspolitik der SPD an und lehnt aus diesem Grunde eine Beteiligung ab, da die Arbeiterklasse nicht die Aufgabe hat, die Regierung des bankrotten Kapitalismus zu stützen. Die Regierung Brüning, die als Wegbereiter des Faschismus die Unterdrückung des Proletariats mit Erfolg durchführt, muß von der Arbeiterklasse bekämpft werden. Diese Aufgabe kann nur die geeinte Arbeiterklasse ohne parteipolitische Bindung erfüllen.“ Im Verband der Lithographen und Steindruckern, in dem die SAP ebenfalls eine gute Vertretung hat, wurde die Werbung eines SPD-Genossen für die „Eiserne Front“ mit eisigem Schweigen aufgenommen. Die Mitglieder der SAP warben mit Erfolg für die öffentliche Versammlung ihrer Partei, die Freitag, 19. Februar, mit dem Genossen Fritz Rück zu der Frage „Eiserne Front oder proletarische Klassenfront?“ Stellung nimmt. Die Aktivität der kleinen Waldkircher SAP-Gruppe läßt für die Versammlung Gutes erhoffen und wird den Weg zum Vormarsch der Bewegung freimachen.

Organisationsnachrichten

SAP Westfalen-Nord: Genossin Dr. Käthe Frankenthal, M. d. L., Fürsorgeärztin in Berlin, spricht in folgenden öffentlichen Versammlungen: Samstag, 20. Februar, 18 Uhr, in Buer bei Eppmann. Sonntag, 21. Februar, 10 Uhr, in Bottrop bei Kramer. Sonntag, 21. Februar, 18 Uhr, in Herwest. Dort ist ein Beckmann an der Lippebrücke. Montag, 22. Februar, 18 Uhr, in Erkenschwick bei Kausch.

SAP Ortsverein Düsseldorf: Montag, 22. Februar, 20 Uhr, im Lokal Tausen, Wehrbahn 70, außerordentlich wichtige Mitgliederversammlung.

Arbeiter-Samariter-Bund e. V., Kolonne Düsseldorf: Samstag, 20. Februar, 19.30 Uhr, im Lokal Dübgen, Lindenstraße, Mitgliederversammlung. Vortrag von Dr. med. Gradnauer, Städt. Krankenhaus.

Freie Schwimmer Düsseldorf 1910 e. V.: Samstag, 20. 2. 20 Uhr, im Eisenheim, wichtige außerordentliche Mitgliederversammlung.

SAP Düsseldorf: Bildungskurse Dienstag, 23. Februar, 20 Uhr, bei Reichsbach: Pariser Str. 149. Ursprung der Familie. Referent: Genosse Beine.

SAP Herne: Dienstag, 23. Februar, 19.30 Uhr, öffentliche Versammlung im Strickmannschen Saalbau. Referent: Genosse Dr. Sternberg. Thema: „Eiserne Front oder proletarische Klassenfront“ Jeder Genosse ist verpflichtet, für die Versammlung zu agieren.

Sportschau der SAZ

Auer Wassersportler gegen Einseitigkeit des Bundesvorstands

In der letzten Mitgliederversammlung wurde unter anderem bekanntgegeben, daß das Freibad für dieses Jahr wieder zur Verfügung steht, und zwar jeden Dienstag ab 18.30 Uhr zu den üblichen Bedingungen. Alle Schwimmgenossen werden aufgefordert, reger als bisher die Schwimmstunden unseres Brudervereins, Schneeberg im Geitner Bad zu besuchen. Die Schwimmstunden finden jeden Donnerstag und Freitag ab 19 Uhr statt. Am Schluß der Versammlung wurde die folgende Entscheidung bei 2 Stimmenthaltungen, einstimmig angenommen:

„Die Mitglieder der Abt. f. v. Wassersport Aue bedauern den einseitigen Beschluß des Bundesvorstands, der alle Mitglieder verpflichtet, sich in die Eisenerne Front einzufügen. Wir erachten es im Interesse des Bundes für besser, von einem derartigen Druck auf die Mitglieder abzusehen.“

Vogtländische Sportschau

Wegen des Aufmarsches der Eisernen Front in Plauen bringt die Plauener Volkszeitung keine Vorschauen.

Die Schiri-Ansetzungen werden also nur durch Veröffentlichung in der „SAZ“ bekanntgemacht.

Die Vereine müßten vor allem die Schiedsrichter-Vollversammlung am 21. Februar 1932 besonders beachten und ihre Schiedsrichter vollzählig entsenden. Tagungsort: Plauen, Turnerheim, Ost; Beginn: 8 Uhr.

Im „Echo“ veröffentlicht die Bezirksleitung der Opposition einen Aufruf, worin sie ihre Vereine auffordert, ihre Spiele abzusagen und Spiele mit den Bundesvereinen auszufragen. Genossen, laßt euch durch diese Irrführung nicht beeinflussen, die Opposition will nur Geschäfte machen für den KP-Laden.

Die Spielberichte für Sonntag, den 21. Februar 1932 werden in der Zeit von 19 bis 20 Uhr entgegengenommen. Telefon: Plauen 4762.

Bezirksturtag in Wernesgrün

Am vergangenen Sonnabend fanden sich die Vertreter der Turnvereine in der Halle des Turnvereins Wernesgrün ein, um den Abschluß des vergangenen Jahres entgegenzunehmen.

Von 36 Vereinen waren 32 vertreten: 48 Delegierte, davon 3 Genossinnen vertraten sie. Außerdem nahmen 15 Turnratsmitglieder teil. Das Ergebnis der Mandatsprüfungskommission zeigte folgendes Ergebnis: Politisch organisiert waren in der SPD 12, in der SAP 15, KPD 1 und KPD 1; gewerkschaftlich 44 Genossen. Den Austritt aus der Kirche haben 43 Genossen vollzogen.

Der eigentliche Tagung ging eine Turnratsitzung voraus.

Genosse Raub (Bezirksvert.) eröffnete die Tagung und wies auf die schwere Krise hin. 50% der Mitglieder sind erwerbslos; trotzdem muß es gelingen, die Organisation über die Klippen hinwegzubringen. Kurz streifte er die durchgeführten Veranstaltungen des Jahres, die ein guter Erfolg für unseren Bezirk waren.

Gen. Schöck (Vors. des gastgebenden Vereins) wünschte der Tagung einen guten Verlauf zum Besten des Bezirks. Gen. Hennig (Kreissvert.) übermittelte die Glückwünsche der Kreisleitung und forderte die Geschlossenheit und Einheit der Arbeitersportler. Eine Erläuterung der gedruckt vorliegenden Berichte durch die Funktionäre zeigte den Stand der Bewegung. Die Debatte, in sachlicher und klarer Weise geführt, ergab das Einverständnis der Delegierten. Die geplanten Jahresveranstaltungen fanden das Einverständnis der Delegierten und wurden ein-

stimmig gutgeheißen, ebenfalls fand der Haushaltsplan Annahme.

Die Anträge des Turnrats sowie einiger Vereine wurden lebhaft debattiert. Folgende Entscheidung wurde mit 59:3 angenommen:

Der am 13. Febr. 1932 in Wernesgrün tagende Bezirkstag kennt die schwere Wirtschaftslage der Mittelschicht in finanzieller Hinsicht. Der herliche Abschlußkampf des Proletariats gegen den Faschismus, Knechtschaft und noch größere Wirtschaftnot bringenden Faschismus verlangt schwere Opfer! Als Voraussetzung aber in zwei die unter gr. Blen Opfern geschaffenen Organisationen der Arbeiterschaft arbeitsfähig gehalten werden. Alle Arbeitersportler wollen deshalb zusammenstehen, ihrer Organisation, dem Arbeiter-Turn- und Sportbund, seine Kreise, Bezirke, Gruppen und Vereine zu erhalten. Die Organisationsbeiträge und unser Lebensniveau. Diesen können wir nicht schwächen. Die sozialistisch denkende Arbeiterschaft und deren Einrichtungen zu schwächen, ist das Ziel des erbitterten und mit niedrigen, menschenunwürdigen Mitteln gelassen Kampfes unserer Gegner. Dem werden wir Arbeitersportler uns in aller kämpferischer Schärfe entgegenstellen.

Ein weiterer, mit 36 gegen 19 Stimmen angenommener Antrag besagt:

Der Bezirkbeitrag für 1932 beträgt pro Mitglied und Jahr 0.50 RM.

Damit erledigt sich ein Teil der Anträge, die eine Herabsetzung forderten. Die Tagesgelder wurden um 20% herabgesetzt (Bezirksturtag). Ein Antrag, die Bezirksrechnung für den vergangenen Jahres vorzulegen, verfiel der Ablehnung. Ein weiterer Antrag des Arb.-TV. Göttingen, sich der 2. Gruppe anzuschließen, fand die Zustimmung der Delegierten. Die Wahlen ergaben keine Neubesetzung. Der Festsitz der Schiri-Vollversammlung wird durch die Genossin Anna K. hier (Plauen) versehen. Die technische Leitung erhielt ihre Bestätigung durch die Versammlung.

Unter Verschiedenes gaben die Vereine zum Jahresplan ihre Veranstaltungen wie folgt bekannt: 4.5. Juni 30-jähriges Bestehen der Eiche-Plauen; 5. Juni: Hallenweibe in Hartmannsgrün; 10. Juli: Schneck; 10. August: Bestehen; 13. bis 21. Juli feiert Haselbrunn ihre zehnjährige Zugehörigkeit zum Arbeiter-Turn- und Sportbund. Am 31. Juli: 70-Jahrfeier des Turnvereins 1. Oelnitz.

Geräteturn-Wettkämpfe der 3. Gruppe

B-Klasse:
Eiche 1. Abt.—Eiche 4. Abt. 389.351. Dieser Kampf fand in der Turnhalle in Chrieschwitz statt. Der vorjährige Gruppenmeister sicherte sich bei diesem Kampf die ersten zwei Punkte. Die 4. Abt. lie: als Neuling der Serie etwas ab. Durch fleißiges Üben werden sie in Zukunft einen guten Gegner abgeben. Ihre Gymnastik war zufriedenstellend. Bei der 1. Abt. kam die rationelle Arbeit zum Vorschein.

B-Klasse:
Weischlitz-Talitz 403.343. Weischlitz, die weitaus bessere Mannschaft, konnte einen leichtigen Sieg davontragen. Die Käte im Saal machte den Reizen zu schallen. In der Talitzer Mannschaft wird die 4. Abt. einen gleichwertigen Gegner finden. Die Gymnastik war bei Weischlitz gut.

Nochmals: „Das beleidigte Gemeindeoberhaupt von Aue.“

Es muß in dem Bericht richtig heißen: „Der Schwimmwart forderte den Bademeister auf, das Bassin zu räumen; dem kam der Bademeister nicht nach. Der Bürgermeister H. hat dem Verein nur angedroht, das Bad für dieses Jahr nicht zur Verfügung zu stellen.“

Severing, „Eiserne Front“ und Arbeitersportler

Die Spitzenführer der Arbeitersportbewegung haben ihre Unterschrift gesetzt unter den Aufruf zur Bildung der Eisernen Front.

Sie sind sich hoffentlich darüber klar, daß ein großer Teil der in den Arbeitersportverbänden organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter anderer politischer Meinung ist.

Man begehe bei den höchsten Instanzen des Arbeitersportes um alles nicht den großen Fehler, die Stimmung der Arbeitersportler zu verkennen und sich die Illusion zu machen, als stünde jeder und jede im Arbeiterturn- und Sportbund auf dem politischen Boden der Sozialdemokratie.

Severing ist ja einer der prominentesten Vertreter der Sozialdemokratie und natürlich auch der Eisernen Front. Die Arbeiterschaft hat Severing kennen gelernt als einen, der um des bürgerlich kapitalistischen Staates willen den proletarischen Klassenkampf verleugnet. Seine neuesten Produkte auf diesem Gebiet haben ja die Freidenker kosten müssen. Severing hat als Regierungsvertreter auch auf manchen Tagungen reaktionärer Verbände gesprochen und dabei Redensarten gebraucht, die wohl die Zustimmung der Anwesenden, nimmermehr aber die der sozialistischen Arbeiter fanden und finden konnten. So hat Severing auf dem letzten Turnfest der deutschen Turnerschaft eine Ansprache gehalten, die damals in den Arbeitersportkreisen viel diskutiert, abfällig beurteilt wurde und die auch heute noch wert ist, als Beweis für die Eignung Severings zum Klassenkämpfer um

den internationalen Sozialismus zitiert zu werden:

„Ich bin hierher gesandt worden, um Ihnen im Namen des Reiches die Grüße zu ihrem Fest zu entbieten. Im allgemeinen pflegt man Wünsche hinzuzufügen. Der Mühe bin ich entbunden, denn ich kann sagen, daß ihr Fest glänzend gelungen ist. Wer den heutigen Vormittag erleben durfte, der bekam einen hohen Begriff von der Organisationskunst ihrer Führer und der Disziplin ihrer Mitglieder. Bei dem Anblick am Opernhaus sind mir Erinnerungen an die Jahre 1924 bis 1925 gekommen, als ich bei der ersten Kölner Messe und der Jahrtausendfeier Hochleistungen der deutschen Technik bewundern durfte. Ich hatte Sorge, daß die Maschinen vielleicht versklavt könnten. Aber wer heute ihre Menschen gesehen hat, mit gesundem Körper und kräftigen Nerven, der weiß, daß das deutsche Turnen ein Mittel dazu ist, sich nicht von der Technik unterkriegen zu lassen. Wenn ich die Tausende vor mir sehe, und wenn ich daran denke, daß sie im Westen vor einer doppelt schweren Aufgabe stehen, eben, weil ich das Turnen der deutschen Turnerschaft kenne und weiß, daß Turnen Dienst am Volke und am Vaterlande ist, deswegen weiß ich, daß diese Armee, die hier aufmarschiert, für unseren Staat und unser liebes deutsches Vaterland die beste Friedensarbeit ist.“

Die „Friedensarbeit“ der deutschen Turnerschaft besteht darin, daß sie ihre Mitglieder

im Sinne der Wehrpflicht, im Sinne Hitlers, im Sinne der Monarchie, im Sinne der Revanche an Frankreich erzieht. Ihre Stellung zum heutigen Staat beruht auf dem berühmten Satz vom Boden der gegebenen Tatsachen, was jedoch die Führer der deutschen Turnerschaft nicht hindert, nationalistische Purzelbäume zu schlagen. Generäle und sonstige Offiziere reden vor der „DT“-Jugend von Krieg und Vergeltung, und die obersten Führer der „DT“ halten es für nötig, bei passenden Gelegenheiten dem Wilhelm von Dorn ihre untätigste Ergebenheit zu versichern. Und in dieser Front steht Severing, lobt und adelt die nationalistische „DT“. Und die Arbeitersportler sollen mit ihm und denen, die solches als staatsmännliche Klugheit loben, in „Eiserner Front“ machen? Nein, und wiederum nein!

Es gibt nur eine wirksame und scharfe Waffe gegen den Faschismus: die Proletarische Einheitsfront.

Organisationsnachrichten

CAO
Ortsgruppe Prenzlauer Berg (Abt. 4): Treffpunkt zur Zeitungspropaganda in der Wohnstadt „Carl Lieber“, Sonntag, 21. Februar, 10 Uhr, beim Gen. Seifert, Naugarder Straße 37, v. III.
Ortsgruppe Reinickendorf: Sonntag, 21. Februar, beteiligen sich alle Genossen an der SAZ-Erleuchtung. Treffpunkt 10 Uhr beim Gen. Hahn, Residenzstr. 66.
Ortsgruppe Göpenitz: Öffentliche Versammlung Mittwoch, 24. Feb. um 20 Uhr, im Stadthotel, Friedrichstr. 6. Thema: „Eiserner Front oder rote Einheitsfront?“ Referent: Gen. Herm. Reich.
Ortsgruppe Reinickendorf: Sonnabend, 20. 2., 19 Uhr, bei Chemnitz, Graf-Röders-Allee 168. Vorstandssitzung.

SVJ

Mitteilungen der Bezirksleitung
Roter Karneval: Karten, die voraussichtlich nicht abgesetzt werden, und die Karten, die verkauft sind, müssen heute im Sekretariat abgerechnet werden.
Referentenschule: Unsere nächste Zusammenkunft am 22. Februar. Jede Gruppe muß vertreten sein.

Am Dienstag, 23. Februar 1932

fallen alle Veranstaltungen aus. 100% Beteiligung in Kleins Festsalen, Hasenheide. Alle Aktivgruppen pünktlich 19 Uhr, Nebeneingang.

Heute, Freitag, 19. Februar, 1930 Uhr:

Charlottenburg „Carl Liebknecht“: Arbeitsgemeinschaft, Frankfurter Allee; Treffpunkt beim Gen. Bernhard Hahn
Gesundbrunn: Politisch-satirischer Abend.
Hansa: Tagespolitik.
Königsplatz: August Ebel, „Roter Aufbau“; Frageabend.
Mitte: „Rote Blätter“; Arbeitsgemeinschaft.
Neukölln I und II: Kritikabend.
Neukölln III: Tagespolitik.
Neukölln IV: Diskussion: „Massenstreik“, Rosa Luxemburg.
Schönhauser Vorstadt: „Paul Levi“; Arbeitsgemeinschaft in die soz. Gedankenwelt II. Gen. Keck.
Wörther Platz: „Matteotti“; Matteottigedenkfeier.
Westen: „Lenin“; Tagespolitik.
Wedding: Bunter Abend.
Weißensee: „Carl Marx“; Die Frau im Klassenkampf.
Wilmersdorf: Tagespolitik.
Gruppe Weißensee: Treffpunkt Mithrasplatz.
Helmholtzplatz „Ballon“; Treffpunkt zur Zeitungspropaganda in der Wohnstadt „Carl Lieber“, Sonntag, 21. Februar, 10 Uhr, beim Gen. W. Seifert, Naugarder Straße 37, v. III.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Roland Beutner, für Inserate Johannes Hoffmann
Verlag Sichel Zeitungs-Verlagsges. m.H. Druck Georg Koenig sämtlich in Berlin O 27 Magazinstr. 15/16
SAZ „Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags
Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16 Tel. Kupfergraben E 2 2904
Verlag und Expedition: Berlin O 27 Magazinstr. 15/16 Tel. Kupfergraben E 2 2905
Buzugspreis für einen Monat durch die Expedition RM 2 40 einschließlich Bestellgeld Durch die Post bezogen: RM 2 10 und RM - 36 Zustellgebühr Durch den Verlag bezogen RM 2 10 und RM 36 Zustellgebühr Unter Kreuzband RM 2 10 monatlich zuzüglich RM : 30 Porto
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete
Alle Zahlungen sind zu leisten an Sichel Zeitungs-Verlagsges. m.H. Berlin O 27 Magazinstr. 15/16 Postcheckkonto Berlin NW 7 Nr. 153 928

Stalls Theater

Oper U. d. Linden
Freitag 19. Februar
20 - nach 2.30 Uhr
Das Herz

Schauspielhaus

Freitag, 19. Februar
20-2.15 Uhr
Cyano von Beigerau

Schillertheater

Freitag, 19. Februar
20 - nach 23 Uhr
Ein besserer Herr

Die Zauberin, der Piese und der Affe

Freitag, 19. Februar
20-2.15 Uhr
Ein besserer Herr

Volkstheater

Freitag, 19. Februar
20-2.15 Uhr
Das Herz

Rose-Theater

Freitag, 19. Februar
8.15 Uhr:
Der Bettelstudent

CIRCUS BUSCH

Freitag, 19. Februar
20-2.15 Uhr
Ein besserer Herr

MINO FÜR JEDE MANN

Freitag, 19. Februar
20-2.15 Uhr
Ein besserer Herr

Theater des Wedding's

Groß-Tonfilm
„RONNY“
mit Willi Fritsch und Käthe von Nagy
und das reichhaltige tönende Beiprogramm

Pharus Lichtspieltheater

Freitag, 19. Februar
8.15 Uhr:
Der Bettelstudent

Zwei himmelblaue Augen

Freitag, 19. Februar
20-2.15 Uhr
Ein besserer Herr

Das Ende der Fürsten von Marado

Freitag, 19. Februar
20-2.15 Uhr
Ein besserer Herr

Lichtspiele am Stettiner Bahnhof

Freitag, 19. Februar
20-2.15 Uhr
Ein besserer Herr

DER SCHLEMIHL

Freitag, 19. Februar
20-2.15 Uhr
Ein besserer Herr

Münz-Theater

Groß-Tonfilm
„RONNY“
mit Käthe v. Nagy, Willy Fritsch und
3 Freunde

Elysium-Lichtspiele

Freitag, 19. Februar
8.15 Uhr:
Der Bettelstudent

Ehe m. b. H.

Freitag, 19. Februar
20-2.15 Uhr
Ein besserer Herr

Dajos Belà

Freitag, 19. Februar
20-2.15 Uhr
Ein besserer Herr

RESTAURANT BERLINS

Freitag, 19. Februar
20-2.15 Uhr
Ein besserer Herr

RESTAURANT BERLINS

Freitag, 19. Februar
20-2.15 Uhr
Ein besserer Herr

Mila-Lichtspiel-Palast

Groß-Tonfilm
„RONNY“
mit Käthe v. Nagy, Willy Fritsch und
3 Freunde

Filmpalast Puhlmann

Freitag, 19. Februar
8.15 Uhr:
Der Bettelstudent

Berge in Flammen

Freitag, 19. Februar
20-2.15 Uhr
Ein besserer Herr

Der Schlemihl

Freitag, 19. Februar
20-2.15 Uhr
Ein besserer Herr

WERBT ABONNENTEN!

Freitag, 19. Februar
20-2.15 Uhr
Ein besserer Herr

Garküche

Freitag, 19. Februar
20-2.15 Uhr
Ein besserer Herr

Genossen

Groß-Tonfilm
„RONNY“
mit Käthe v. Nagy, Willy Fritsch und
3 Freunde

Verbandshaus „Grüne Laube“

Freitag, 19. Februar
8.15 Uhr:
Der Bettelstudent

AUSSEHANK

Freitag, 19. Februar
20-2.15 Uhr
Ein besserer Herr

Niederhafflau

Freitag, 19. Februar
20-2.15 Uhr
Ein besserer Herr

Großer Bockbier-Ausschank

Freitag, 19. Februar
20-2.15 Uhr
Ein besserer Herr

RESTAURANT BERLINS

Freitag, 19. Februar
20-2.15 Uhr
Ein besserer Herr

Die Ente

Freitag, 19. Februar
20-2.15 Uhr
Ein besserer Herr

Turnverein Vorwärts E.V.

Freitag, 19. Februar
8.15 Uhr:
Der Bettelstudent

20.-22. Februar

Freitag, 19. Februar
20-2.15 Uhr
Ein besserer Herr

Bockbier-Ausschank

Freitag, 19. Februar
20-2.15 Uhr
Ein besserer Herr

Ausschank des bestens bekannten

Freitag, 19. Februar
20-2.15 Uhr
Ein besserer Herr

Hoter Löwenbock (heil)

Freitag, 19. Februar
20-2.15 Uhr
Ein besserer Herr

Turnerheim Cainsdorf

Freitag, 19. Februar
20-2.15 Uhr
Ein besserer Herr

Sonnabend, 20. Februar bis Montag, 22. Februar

Freitag, 19. Februar
20-2.15 Uhr
Ein besserer Herr

Großer bayr. Bockbier-Rummel

Freitag, 19. Februar
20-2.15 Uhr
Ein besserer Herr

Ausschank des bestens bekannten

Freitag, 19. Februar
20-2.15 Uhr
Ein besserer Herr

Hoter Löwenbock (heil)

Freitag, 19. Februar
20-2.15 Uhr
Ein besserer Herr

SAP Der tägliche Vormarsch

Oldenburg: Im Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband, der zweitstärksten Gewerkschaft am Orte, wurden in fast alle Funktionen SAP-Genossen gewählt. Die SPD verfügt nur noch über zwei Sitze im Vorstand.

Zum Vorsitzenden des Buchbinderverbandes wurde ein SAP-Genosse gewählt.

Die Ortsgruppe Oldenburg hat im letzten Monat 20 Neuaufnahmen zu verzeichnen.

In Quedlinburg a. Harz wurde von einer stattlichen Anzahl Genossen eine Ortsgruppe der SAP gegründet.

Neustadt an der Hardt: Die Ortsgruppe Neustadt der SAP hat ihre Mitgliederzahl seit der Gründung um 300 Prozent gesteigert.

Lambsborn (Pfalz) meldet Gründung einer Ortsgruppe der SAP.

Außerdem waren noch eine Reihe anderer Neuaufnahmen zu verzeichnen.

SAP kämpft gegen § 218

Anfrage im preußischen Landtag

Die Genossin Käthe Frankenthal hat folgende Anfrage im preußischen Landtag eingebracht:

„Der Staatsrat hat in seiner Sitzung vom 20. Januar auf die hohe Belastung der Öffentlichkeit durch die Pflege der geistig und körperlich Minderwertigen hingewiesen. In seinem Beschluß ersucht er das Staatsministerium

a) in Fühlung mit den dazu berufenen Stellen (Ärzten, Pädagogen, Theologen) Maßnahmen zu treffen; um den genannten Lehren der Eugenik eine größere Verbreitung und Beachtung zu verschaffen;

b) zu veranlassen, daß die für die Pflege der Minderwertigen aufzuwendenden Kosten gesenkt werden.

Ueber die Art der gewünschten Maßnahmen hat der Staatsrat sich nicht ausgesprochen. Eine weitere wesentliche Senkung der Kosten für die Heil- und Pflegeanstalten erscheint nach den bereits durchgeführten Sparmaßnahmen nicht möglich. In den Berliner Anstalten wird

pro Tag und Kopf für Verpflegung 70 Pfennig ausgegeben, in der Provinz teilweise Sätze von 50-55 Pfennig. Bei der ungenügenden Preissenkung auf dem Lebensmittelmarkt sind weitere Einschränkungen auf diesem Gebiet untragbar. Der Personalbestand ist bereits so knapp, daß die persönliche Sicherheit der Pfleger, die unruhige Kranke zu versorgen haben, nicht mehr gewährleistet ist.

Das preußische Wohlfahrtsministerium hat bereits im Jahre 1926 die Einrichtung ärztlich geleiteter Eheberatungsstellen empfohlen. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat im Jahre 1930 Richtlinien für Eheberatungsstellen beschlossen. Der Aufgabenkreis soll u. a. umfassen: Beratung von Ehekanidaten und Fortpflanzungswilligen auf ihre körperliche und eugenische Eignung; Beratung in Fragen der Behebung der Sterilität und der Vermeidung unerwünschter Schwangerschaft, in geeigneten Fällen unentgeltliche Abgabe von Verhütungsmitteln. Der Magistrat hat diesen Richtlinien nicht zugestimmt. Die wirksamste Maßnahme im Sinne des Beschlusses des Staatsrats wäre aber, durch öffentliche Eheberatungsstellen allen Volkskreisen die Methoden der bewußten Geburtenregelung zugänglich zu machen. Ich frage das Staatsministerium:

Ist es bereit, Maßnahmen zu treffen, um in Preußen öffentliche Eheberatungsstellen einzurichten, deren Aufgabenkreis die aus dem Beschluß der Berliner Stadtverordnetenversammlung angeführten Punkte mit umfassen muß? Ist es ferner bereit, in Betracht der vom Staatsrat getroffenen Feststellungen sich bei der Reichsregierung für Aufhebung des § 218 einzusetzen?“

Vorsicht!

Neue Hetzkampagne!

Wie TU. meldet, verbreitet der sattem bekannte Reichsverband der Deutschen Industrie eine Sonderschrift mit dem Titel: „Schluß mit den Reparationen!“ Die „Argumente“, die TU. aufzählt, sind die alten Ladenaufhänger der chauvinistisch-antibürgerlichen Gesellschaft. Sie werden durch dauernde Wiederholung nicht besser. Das Wichtigste ist die Absicht, dies Machwerk in großen Massen zwecks Vergasung des Intellekts unter die Leute zu bringen, anscheinend auch eine großangelegte Auslandspropaganda zu inszenieren. Weil noch nicht genügend Giftstoff in der Welt ist!

Zwar hat der Scharfmacherverband kein Geld, um auch nur noch Hungerlöhne zu zahlen, zu solchen „Scherzen“ aber reicht immer noch. Oder sollte etwa ein bekannter, sehr vielseitiger Geldgeber dahinter stehen, der eine sehr freigebige Hand für die „Sozialisierung von Pleiten“ hat? Und auch das Unternehmen wird ja eine werden!

Unsere Hochschulfront

Auch hier rote Einheit!

Berlin, 18. Februar 1932.

Auch auf den Hochschulen geht es vorwärts. Bis zum November vorigen Jahres waren die sozialistischen Studenten durch zwei Organisationen erfaßt: Die Sozialistische Studentenschaft und die Rote Studentengruppe. Obwohl beide unter der Flagge der Ueberparteilichkeit segeln, bekennt sich die eine in all ihren Aktionen zur Politik der Sozialdemokratie, während die andere bestrebt ist, die jeweilige Linie der KPD zu vertreten. Nach der Spaltung der Sozialdemokratie hatte denn auch die Sozialistische Studentenschaft nichts Eiligeres zu tun, als 80 Genossen, die sich zur SAP bekannten, auszuscheiden. Die Rote Studentengruppe vertrat in den Verhandlungen, die den Uebertritt der SAP-Genossen in die Wege leiten sollte, einen völlig intransigenten Standpunkt. Sie forderte von unseren Genossen, die sich alle zum hochschulpolitischen Programm der RSG bekannten, den schärfsten Kampf gegen die SAP und die Anerkennung der KPD als der einzig revolutionären Partei. So mußten die Verhandlungen scheitern.

Unsere Genossen gründeten nun den Sozialistischen Studentenverband als überparteiliche Organisation aller Studenten ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, die gewillt sind, auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes gegen Hochschulfaschismus und bürgerliches Bildungsprivileg, für die Hochschule der Werktätigen zu kämpfen. Bald nach der Gründung trat die Studentengruppe der KPD dem neuen Verband bei. In der Erkenntnis, daß die Zusammenfassung aller revolutionären Kräfte notwendig ist, hat der SSV es sich zur Tagesaufgabe gemacht,

eine wirkliche Einheitsfront auch an der Hochschule zustandezubringen.

Erste erfreuliche Ansätze hierzu sind bereits gemacht worden. Im Anschluß an die letzten Nazi-Provokationen wurde

ein überparteilicher antifaschistischer Kampfausschuß aus Mitgliedern der RSG und des SSV gebildet.

Gemeinsame Mitgliederversammlungen der beiden Organisationen, in denen über die uns trennenden Fragen diskutiert wird, finden in regelmäßiger Folge statt. Die sozialdemokratische Organisation lehnte bis jetzt jede gemeinsame Aktion ab, verlangt aber trotzdem, daß ihr gegenüber der Burgfrieden gewahrt werde.

Am Dienstag, dem 16. Februar, veranstaltete der SSV eine öffentliche Versammlung, auf der Genosse Will Schaber über das Thema „Eiserne oder Rote Einheitsfront“ sprach.

In der Diskussion ergriffen außer unseren Genossen nur KPD-Studenten das Wort. Es war dem Genossen Schaber leicht, in seinem Schlußwort die in sachlicher Form vorgetragenen, mehr als schwachen Argumente der KPD zu widerlegen. Die sozialdemokratischen Studentenfürher lehnten es ab, die Versammlung zu besuchen, da von den 700 Mitgliedern ihrer Organisation 50 an einer Veranstaltung der juristischen Arbeitsgemeinschaft teilzunehmen hätten. Am Schluß der Versammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 16. Februar im Rosenthaler Hof versammelten Studenten des SSV und der Roten Studentengruppe protestieren aufs schärfste gegen das durch den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten erfolgte Verbot der „Roten Fahne“. Das mit rein schichtischer Begründung versehene Verbot hat nur den Zweck, der Arbeiterpresse die Agitation zur bevorstehenden Präsidentenwahl unmöglich zu machen.“

Pleiten der „Eisernen Front“

Delitzsch, 18. Februar 1932.

Am Donnerstag hatte der neugebackene Vorsitzende der SPD die Vertreter der Spitzenorganisationen, den ADGB-Ortsausschuß und des Sport- und Kulturkartells und des Freigewerkschaftlichen Jugendkartells zu einer Sitzung nach dem Ring geladen. Verhandlungsgegenstand war Bildung der „Eisernen Front“ in Delitzsch. Der SPD-Vorsitzende Schwahn stellt kurz und schmerzlos die Frage, ob die Vertreter bereit seien, mit der SPD die „Eiserne Front“ zu bilden, wie das auch im Aufruf der Bezirksinstanzen der Spitzenorganisationen gefordert wurde. Genosse Mußigmann (KPD-O) gab im Auftrage des Vorstandes des Ortsausschusses des ADGB eine Erklärung ab, die die Beteiligung der Mehrheit des Ortsausschusses zur Bildung der „Eisernen Front“ ablehnt. Jedoch habe das Kartell noch keine Stellung genommen, sicher sei aber, daß auch das Kartell in seiner Mehrheit die Bildung der sogenannten „Eisernen Front“ ablehnen werde.

Auch Genosse Baumgärtel erklärte im Auftrage des Vorstandes des Sport- und Kulturkartells, daß sie die Bildung der „Eisernen Front“ ablehnen. Doch habe das Kartell selbst zu der Frage noch keine Stellung nehmen

können. Aber auch das Sportkartell würde kaum eine andere Entscheidung fällen. Die Sportler, besonders die Schwimmer, fordern die gemeinsame Klassenfront aller Werktätigen. Sie unterstützen den auf dieser Grundlage gebildeten Sozialistischen Schutzbund. Dieselbe Meinung hat auch das freigewerkschaftliche Jugendkartell mit nur wenigen Ausnahmen. Der Afaubund, der vertreten wurde durch den SPD-Mann Klunkert, gab keine Erklärung ab.

Als Schwahn sah, daß nichts zu machen war mit der „Eisernen Front“, erklärte er, daß sich alles weitere nun erübrige, und schloß die Sitzung. Er forderte jedoch die SPD-Mitglieder auf, noch ein „Weilchen“ dazubleiben.

Dann wird man wohl beraten haben, wie man nun der unbequemen Opposition ein Ausweichen kann. Zweifelsohne wird die nächste Gewerkschaftskartellsitzung, die nächste Woche stattfinden wird, sehr interessant werden, denn der Bezirksleiter des ADGB wird daran teilnehmen.

Aber ob er teilnimmt oder nicht, mit der „Eisernen Front“ (Hindenburgfront) wird in Delitzsch nichts. Die rote Klassenfront aller Werktätigen aber ist im Wachsen begriffen, trotz der Wut der SPD-Leuten.

Aufstand in Costarica

Panama, 15. Februar 1932.

Nach hier eingetroffenen Privatmeldungen aus San José soll in Costa Rica ein Aufstand ausgebrochen sein. In den Straßen habe sich ein Kampf entsponnen, bei dem eine Reihe von Personen verletzt worden sei. Der Vizepräsident und der Finanzminister sollen von den Rebellen gefangen genommen worden sein. Der Präsident und die übrigen Minister haben, wie es heißt, in der Artilleriekaserne Zuflucht genommen.

Die Aufständischen sollen die Anhänger des ehemaligen Gesandten in Washington, M. Quesada, sein, der bei den Nationalwahlen am Sonntag als Präsidentschaftskandidat aufgestellt worden war. Als der Kampf begann, lag das endgültige Ergebnis der Wahlen noch nicht vor, doch schien es, als ob Jimenez, der Führer der Gegenpartei, die Oberhand gewinnen würde. Das Haupt des Staatstreiches soll der Kriegsminister Quiros sein, der Schwiegersohn des Präsidenten Viquez.

Man wird nicht fehlgehen, wenn man hinter den einzelnen Personen, die sich Rivalitätskämpfe bereiten, um an die goldenen Eier heranzukommen, die imperialistischen Kräfte von Wallstreet sucht. Was gespielt wird, ergibt sich am Schluß erst aus den Bankbilanzen, Konzessionen und „Anleihen“, die „getätigt“ werden.

Quesada vorläufig siegreich

TU. New York, 18. Februar 1932.

Wie aus der Hauptstadt von Costarica, San Jose, gemeldet wird, ist es den Anhängern

Reichsparteitag der SAP

Der Partei-Vorstand der Sozialistischen Arbeiter-Partei beruft hiermit den

1. ordentlichen Parteitag

in der Zeit vom 25. bis 28. März 1932 nach Plauen i. Vogtland, Gewerkschaftshaus, ein.

Tagesordnung:

1. Parteiprogramm
Berichterstattung Klaus Zweiling und Eduard Weckerle
2. Parteistatut
Berichterstattung Ernst Eckstein
3. Die politische Lage und die Aufgabe der Sozialistischen Arbeiter-Partei
Referent Max Seydewitz
4. Berichte und Neuwahlen
5. Verschiedenes

Die Bezirksleitungen haben sofort die Wahl der Delegierten nach der ihnen bekannten Wahlordnung in die Wege zu leiten. Die Anzahl der nach dem Statut zu wählenden Delegierten wird den Bezirksleitungen direkt mitgeteilt.

Anträge zum Parteitag müssen spätestens am 28. Februar beim Partei-Vorstand schriftlich eingereicht sein.

Der Partei-Vorstand

der
Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands
Max Seydewitz Kurt Rosenfeld

Painlevé beauftragt

Erster Akt des Regierungsspiels

Paris, 18. Februar 1932

Der Abgeordnete Paul Painlevé, der u. 10 Uhr im Elysée ankam, verließ dieses um 10 Uhr 30 und erklärte den Journalisten:

Der Präsident der Republik hat mich mit der Bildung des neuen Ministeriums beauftragt. Ich habe ihm eine möglichst baldige endgültige Antwort versprochen, vielleicht schon für heute abend, obwohl ich das noch nicht ganz sicher weiß, denn die Lage muß genau geprüft werden. Ich werde jetzt die üblichen Demarchen unternehmen und zunächst dem Senatspräsidenten und dem Kammerpräsidenten einen Besuch abstatten, dann werde ich mit Laval und Tardieu sprechen.

Vorher hatte Doumer schon den aus Genf zurückgekehrten Ex-Kriegsminister Tardieu empfangen, der u. a. den Journalisten erklärte, er habe den Präsidenten der Republik darauf aufmerksam gemacht, daß er angesichts der internationalen Lage, der noch im Gange befindlichen Konferenzen, der Notwendigkeit der Budget-Verabschiedung und der Wahlen heute wie seit fünf Jahren ununterbrochen bereit sei, mit jedem zusammenzuarbeiten, allerdings unter der Bedingung, daß von der Zusammenarbeit niemand ausgeschlossen werde.

*

Der Versuch Painlevés dürfte wohl darauf hinauslaufen, das vielbegehrte Kabinett der „nationalen Konzentration“ zu bilden. Daß aber seine Aktien sehr günstig stehen, kann man nicht behaupten. Herr Tardieu würde sich sicherlich gern auch mit den Radikalsocialisten „vertragen“, aber daß diese sich vor dem Start zur Wahl mit der „Verantwortung“ und der Zusammenarbeit mit der rechten „Mitte“ belasten und handicaps lassen, ist um so unwahrscheinlicher. Painlevé wird wohl nur der Schrittmacher für einen anderen Kandidaten sein. Womöglich für Tardieu selbst?

Unabhängige Mandschurei?

Der alt-neue Trick der Japaner

TU. London, 18. Februar 1932.

Nach einer Meldung aus Mukden hat ein Ausschuß mandchurischer Generale am heutigen Donnerstag die Mandschurei zum unabhängigen Staat erklärt.

*

Man entsinnt sich wohl noch des Faschingsulks, der mit dem letzten „Sohn des Himmels“, dem verbannten „Kaisersproß“, getrieben wurde. Er sollte den Strohmann für den japanischen Imperialismus abgeben; doch die Farce endete, wie sie es verdiente, in der Lächerlichkeit. Dann las man von „spontan“ gebildeten Komitees für eine „unabhängige“ Mandschurei, und dann kam das kostspielige Ablenkungsmanöver in Schanghai, das man vielleicht doch bald abbrechen möchte. Sind die japanischen Militärs nun soweit, den Kaufpreis für die Bandenführer, die sich Generale nennen, erlegt zu haben, um das Stück zu Ende zu spielen und sich der Mandschurei auf dem Weg über ihre „Unabhängigkeit“ endgültig zu bemächtigen? Man muß abwarten. Und tut gleichzeitig gut, sich zu erinnern, daß „endgültige“ Aktionen in ihrer Dauer davon abhängen, welche Gegenkräfte mobil gemacht werden. Dem „siegreichen“ Japaner erwachsen Gefahren nicht nur durch die Chinesen selbst, deren Organisation wird wohl noch lange Zeit brauchen —, sondern vielmehr durch Amerika und England. Das Gespenst der Konferenz von Washington in 1921/22 spukt weiter!

Das Ultimatum wird abgelehnt

Der Führer der chinesischen Zentralregierung, Wangjainwei, erklärte, daß die chinesische Regierung das japanische Ultimatum ablehnen werde. Er bestehe darauf, daß die chinesischen Truppen Schanghai nicht kampflös verlassen. Der Führer der Kartoner Armee, General Tschang, sei derselben Ansicht wie er.

Diskontherabsetzung in England und Schweden

TU. London, 18. Februar 1932.

Die Bank von England hat ihren Diskont von 6 vH auf 5 vH ermäßigt. Die letzte Veränderung des englischen Diskonts wurde bekanntlich am 21. September gleichzeitig mit der Aufgabe des Goldstandards vorgenommen. Damals wurde die Diskontrate von 4½ vH auf 6 vH erhöht.

Folgen der Wahlpflicht. 49 000 Argentinern droht gerichtliche Verfolgung, weil sie sich im November nicht an den Wahlen beteiligt haben.

Groeners Schutzjuden

Berlin, 18. Februar 1932.

Der Innenminister Groener empfing dieser Tage eine Delegation von führenden Mitgliedern des Zentralvereins deutscher Staatsjuden bürgerlichen Glaubens, deren hervorragendes Mitglied Rechtsanwalt Dr. Bruno Weill später in einem Montagsblatt über die Unterredung berichtet hat. Der Zweck der Audienz war, den Minister auf die sich häufenden Ausschreitungen nationalsozialistischen Straßennobis gegenüber Juden hinzuweisen. Nach dem Bericht des Dr. Weill hat der Innenminister die Klagen der Delegierten mit Empörung entgegengenommen und den Herren den Schutz der Reichsregierung zugesagt. Wenn es nicht anders gehe, hat Herr Groener hinzugefügt, dann werde er mit Gewalt vorgehen. Gegen wen er mit Gewalt vorgehen wolle, hat er dagegen nicht gesagt. Aber er hat den Herren entgegenkommenderweise die Gründe genannt, derenwegen er ihnen „Schutz“ versprechen wolle. Sie sind überraschend genug: „weil ja auch die Juden im Kriege für Deutschland geblutet haben...“

Da wird also an den Schutzjuden des Herrn Groener nun wenigstens der sagenhafte „Dank des Vaterlandes“ vollzogen. Was passiert nun aber denen, die im Kriege nicht für Deutschland geblutet haben?

Das ist die Frage.

Macdonald gefällt dem Bürgertum

London, 17. Februar 1932.

Der von der oppositionellen Arbeiterpartei im Unterhaus eingebrachte Tadelantrag wurde mit 415 gegen 39 Stimmen abgelehnt.

Laßt sie betteln gehn...!

USA-Senat verwirft Arbeitslosen-Unterstützung

Washington, 18. Februar 1932.

Der Senat hat den Gesetzesantrag des Senators La Follette abgelehnt, durch den zur Unterstützung der Arbeitslosen in diesem Winter 125 Millionen Dollar und während des nächsten Finanzjahres 250 Millionen Dollar bewilligt werden sollten.

Die amerikanischen Arbeitervverbände hatten Präsident Hoover am 9. Februar unter Hinweis auf die Notlage von mehr als acht Millionen Beschäftigungslosen in den Vereinigten Staaten um Einbringung eines derartigen Gesetzes ersucht.

Argentiniens neuer Präsident

TU. Buenos Aires, 18. Febr. 1932.

Das aus beiden Häusern des Kongresses gebildete Wahlkollegium hat den General Augustina P. Justo und den früheren Gouverneur Dr. Julio Roca zum Präsidenten bzw. Vizepräsidenten für gewählt erklärt. Die Amtsübergabe durch den provisorischen Präsidenten General Uriburu wird am 20. Februar 1932 stattfinden.

Präsident Justo steht im 56. Lebensjahr. Er hat als Offizier die höchste Rangstufe des Generalinspektors erreicht und war unter dem Präsidenten Alvear von 1922 bis 1928 Kriegsminister. Politisch ist Justo erst seit der von Uriburu gegen Irogoyen zum Siege geführten Revolution hervorgetreten, und zwar auf seinen alten Militärkameraden Uriburu, aber später doch in einer gewissen Distanzierung von dessen allzu diktatorischen Maßnahmen. Von Alvear, der sich zuletzt vollkommen auf seinen Irogoyen gestellt hatte und infolgedessen aus Argentinien ausgewiesen wurde, hat Justo sich vollkommen getrennt.

Der abtretende provisorische Präsident Uriburu hat sein Wort gehalten, das er am 6. September 1930 bei Ausbruch der Revolution dem Volk gab: keinesfalls eine Dauerdiktatur einzurichten, sondern die verfassungsmäßigen Zustände nach Bereinigung der Mißwirtschaft wieder herzustellen und persönlich nicht für die verfassungsmäßige Präsidentschaft zu kandidieren.

Englischer Diktator über Kaschmir?

TU London, 17. Februar 1932.

Die Zeitungen befassen sich in den letzten Tagen eingehend mit der Lage in Kaschmir. Der Korrespondent des „Daily Express“ in Neu-Delhi meldet, der Ministerpräsident von Kaschmir werde demnächst unter dem Druck des Maharadscha abdanken. Es wird stark mit der Möglichkeit gerechnet, daß der Posten des Ministerpräsidenten einem Engländer übertragen wird, und zwar entweder einem Mitglied des seit drei Monaten in Kaschmir weilenden Untersuchungsausschusses oder einem englischen Offizier. Diesem sollten dann weitgehende Vollmachten übertragen werden. Diese Vorschläge sollen von dem Maharadscha selbst ausgehen, jedoch auf Anregungen des Untersuchungsausschusses, dessen Bericht demnächst fertiggestellt sein wird, zurückzuführen sein.

Freitod auf dem Friedhof

München, 18. Februar 1932

Auf dem Pasinger Friedhof erschöß sich gestern vormittag der Schauspieler und Spielleiter im bayerischen Rundfunk Otto Framer. Der Grund zu der Tat ist nicht bekannt.

Vor der Entscheidung in der KPO

Offener Brief der Minderheit an die Mitglieder

Berlin, 18. Februar 1932.

Das Offenbacher „Volksrecht“, das Organ der Minderheit der KPO, veröffentlicht einen Offenen Brief an die Mitglieder der KPO.

Der zu den Streitfragen der kommunistischen Opposition Stellung nimmt. Der Offene Brief, der von den Bezirksleitungen Halle-Merseburg, Hessen-Frankfurt und Wasserkante, ferner von Minderheitsgruppen in Berlin-Brandenburg, Nordwest, Schlesien, Ostsachsen und Ruhrgebiet unterzeichnet ist, zeigt, daß in der kommunistischen Opposition die Entscheidung unmittelbar bevorsteht.

Der Offene Brief nimmt zu den Streitfragen in der KPO noch einmal ausführlich Stellung. „Es handelt sich darum, ob die KPD-O die Aufgabe erfüllen soll, die sie sich bei ihrer Gründung gestellt hat, die Gesundung der kommunistischen Bewegung, oder ob sie dieser Aufgabe abtrünnig werden soll. Der Konflikt ist zum offenen Ausbruch gekommen in der SAP-Frage. Aber der eigentliche entscheidende Streitpunkt, der die Politik in allen anderen Fragen bestimmt, ist die

Stellung zur KPD und zur Kommunistischen Internationale.

Der Offene Brief stellt unter Beweis, daß die Führung der KPD-O unter Brandler und Thalheimer planmäßig und konsequent eine Schwenkung der bisherigen Politik der KPO seit langer Zeit durchführte, eine Schwenkung, deren Ziel nur die Kapitulation vor dem Kominternapparat sein kann, ehe die Gesundung der revolutionären Bewegung, die sich die kommunistische Opposition zur Aufgabe gestellt hatte, erreicht ist.

Die Minderheit hebt in ihrem für die revolutionäre Bewegung in Deutschland sehr beachtenswerten Dokumenten hervor, wie grundfalsch Brandler und Thalheimer die Komintern einschätzen und wie diese Einschätzung, gewollt oder ungewollt, zur Unterstützung der katastrophalen Fehler der kommunistischen Internationale beitragen muß. „Brandler und Thalheimer erzählen von einer Zersetzung des ultralinken Kurses, von der bevorstehenden Gesundung der KPD und Komintern. Die Tatsachen beweisen das Gegenteil: Die Beteiligung am faschistischen Volksentscheid konnte der KPD aufgezwungen werden, ohne daß die Mitgliedschaft rebellierte. In Gemeinden mit Arbeitermehrheit verhalten die Kommunisten dazu, daß wichtige Positionen von den Faschisten besetzt werden. Bei den Betriebsräten wird die gleiche Praxis geübt. Die Bezirksleitung (der KPD) in Stuttgart wurde in diesen Tagen gestürzt, weil sie den Hauptstoß des Kampfes gegen die Faschisten und nicht gegen die SPD richtete und nicht stark genug gegen die linke Filiale der SPD, die Renegaten, gekämpft hat. KPD-Genossen werden ausgeschlossen, weil sie für die Einheitsfront mit der KPO eintreten. Eine neue Luxemburgismushetze ist im Gange, als bewährtes Mittel für den ultralinken Kurs zu festigen.“

Der Offene Brief behandelt dann ausführlich die Stellung der KPO zur RGO-Politik.

Es war ein, vielleicht das größte, geschichtliche Verdienst der KPD-O, daß sie gegen die ultralinke Gewerkschaftspolitik der kommunistischen Partei seit Jahren in Deutschland einen konsequenten und wirksamen Kampf führte. In den größten Massenorganisationen, in den Gewerkschaften sind gegenwärtig die kommunistischen Positionen fast ausschließlich auf Gruppen der KPO beschränkt. Die KPD hat sich aus den Gewerkschaften vollständig herausmanövriert, und in der Gewerkschaftsfrage zeigte sich am klarsten der für den revolutionären Kampf verhängnisvollste Kurs der kommunistischen Partei. Objektiv fördert die KPD, obgleich sie das Gegenteil beabsichtigt, die Stärkung der reformistischen Bürokratie, hilft sie die überparteilichen Klassenorganisationen, die dem zentralen Angriff der Unternehmerrfront ausgesetzt sind, mit ihrer Politik zu schwächen. Vorübergehend hat sie sich sogar im Augenblick der bedrohlichsten faschistischen Offensive die Aufgabe zur Zerschlagung der wichtigsten deutschen proletarischen Klassenorganisationen gestellt. Hier war einer der Ausgangspunkte der kommunistisch-oppositionellen Politik, hier der eigentliche Kern der kommunistischen Opposition.

Die Minderheit weist nun in ihrem Offenen Brief darauf hin, daß die Brandler-Gruppe ganz konsequent auch hier in der Richtung auf Kapitulation marschiert: „Die Beschlüsse der letzten Reichskonferenz legen bereits die Schranken nieder zwischen unserer und der RGO-Politik. Die Isolierung unserer Grundsätze in der Gewerkschaftsfrage ist eingeleitet.“

Mit Recht wird gesagt, daß damit die Existenzberechtigung der KPO zu Ende ist. Es sind die namhaftesten Gewerkschaftsfunktionäre der KPO, die so ihre Existenzfrage aufröhlen. Darunter die Genossen Jakob

Walcher und August Enderle, die früheren Führer der Gewerkschaftszentrale der deutschen Kommunistischen Partei, darunter Genossen wie Heinrich Galm, einer der führenden Funktionäre der süddeutschen Gewerkschaftsbewegung, darunter Albert Bastner, Hermann Gebhard u. a., heute noch führende Funktionäre in der Gewerkschaftsbewegung in Mitteldeutschland und andere. Man kann sagen, die eigentliche Kraft der Minderheit der KPO ist der Gewerkschaftsflügel der KPO. Und gerade dieser Flügel hat am klarsten den verhängnisvollen Kapitulationskurs der Brandler-Thalheimer-Gruppe erkannt.

Zusammenfassend sagt die Minderheit der KPO über die Stellung zur Komintern: „Immer wieder beschließen Thalheimer und seine Freunde der KPD, daß sie die kommunistischen Grundsätze einhalten. Wir stellen fest, und die Tatsachen schreiben es in die Welt hinaus, daß sie immer toller mit den Grundsätzen Schindluder treibt und eine Politik führt, die objektiv die Konterrevolution stärkt... Die Beispiele ließen sich häufen, daß Brandler und Thalheimer aus Spekulation einen gefährlichen Selbstbetrug üben. Wir lehnen es jedenfalls ab, sektiererisch die Wirksamkeit auf das Gesundheitsbeten der KPD zu beschränken.“

Die Stellung zur SAP

Der Offene Brief behandelt dann die Stellung der KPO zur SAP. Die Minderheit, deren Differenzen mit Brandler und Thalheimer in dieser Frage weit zurückliegen, faßt jetzt ihren Standpunkt zusammen:

„Die Auffassungen der Gruppe um Thalheimer über die SAP sind Schritt für Schritt von den Tatsachen widerlegt worden. Sie hat das Ende der Seydewitz-Gruppe behauptet in dem Augenblick, als die neue Partei entstand. Sie hat mit apodiktischer Sicherheit erklärt, Ströbel und seine Anhänger müssen in der SAP zwangsläufig die Führung haben. Inzwischen ist Ströbel wegen der Radikalisierung aus der SAP ausgetreten und sein Flügel ist desorganisiert. Thalheimer hat es als Aufgabe der kommunistischen Grundsätze verdonnert, wenn behauptet wurde, diese Partei könne für den Kommunismus erobert werden: Und heute verstoßen die Tatsachen so hartnäckig gegen die sog. „kommunistischen Grundsätze“, daß die zentralistischen Ideen zurückgedrängt und beständig neue Fortschritte in der Richtung zum Kommunismus gemacht werden.“

Wir erinnern vor allem an die Beschlüsse der Berliner Bezirkskonferenz der SAP und verweisen auf den Klärungsprozeß in der Mitgliedschaft. Thalheimer hat bereits bei der Gründung der SAP „endgültige konterrevolutionäre Wirkungen“ dieser Partei festgestellt: und heute erweist sich die SAP tagtäglich als ein wirkungsvolles Mittel, Massen auf dem Boden unserer Auffassungen für die proletarische Einheitsfront zu sammeln, eine Möglichkeit, die wir allein nie hätten schaffen können. Angesichts der Tatsache, daß die KPD die Einheitsfront faktisch sabotiert und dadurch dem Faschismus das Feld freigibt, ist der Zusammenschluß von KPD und SAP zum Kampf gegen den Faschismus an vielen Orten der große Schritt auf dem Weg, auf dem allein der Faschismus erfolgreich geschlagen werden kann. Diese Tatsachen zeigen deutlich, wo das Kettenglied ist, das heute gepackt werden muß, hämmern unseren Genossen ein, wie unerhört wichtig es ist, die SAP für den Kommunismus zu erobern und so zur Schaffung der wirklich kommunistischen Partei die Voraussetzungen zu schaffen.“

Vom kritischen Standpunkt zum dogmatischen

Wir haben die kommunistische Opposition nie nach ihrer zahlenmäßigen Stärke allein eingeschätzt. Zahlenmäßig erscheint sie als unbedeutende Splittergruppe in der deutschen Arbeiterbewegung. Aber sie verfügt über eine Auslese der fähigsten und besten Funktionäre der kommunistischen Bewegung, die sie im Kampf gegen den Kominternapparat unter großen Opfern gesammelt hat. Ihre ideologische Stärke verdankt sie der kritischen Methode, die sie zur Lösung der Fragen der deutschen Klassenpolitik anwandte, der Auflehnung gegen das Dogma der Kominternbürokratie. Hier setzte sie die besten Traditionen der revolutionären Bewegung fort. Kennzeichnend für die heutige Entwicklung der KPO aber ist, daß sie Schritt für Schritt unter der Führung Brandler und Thalheimer

den kritischen Standpunkt liquidiert und vor dem Dogma der Komintern immer mehr kapituliert.

Die Minderheit sagt darüber in dem Offenen Brief:

„Weil die Führung der KPD-O nach den Instanzen der Komintern schielte, trat sie an die Streitfragen mit vorgefaßten Meinungen und Dogmen und nicht mit dem Willen zur objektiven Prüfung der Wirklichkeit heran. Deshalb war sie gezwungen, diese objektive Prüfung und die gemeinsame Herausarbeitung einer wichtigen Politik durch die Vergiftung der Debatte durch Verdächtigung der Minderheit und Entstellung ihrer Auffassung zu ver-

hindern... Wenn die Leitung einer Organisation die lebendige Wirklichkeit durch Dogmen zu befriedigen sucht, wenn sie die Aufgaben der Organisation verleugnet und zugleich mit dem Anspruch auf Unfehlbarkeit in der Organisation auftritt, dann kann sie auf die Dauer keine Entscheidungen der Mitgliedschaft mehr zu lassen... Nur in der vergifteten Atmosphäre des Fraktionskampfes war es möglich, eine Vorschrift wie diese zu beschließen: „Diskussionen sind nur mit Zustimmung der jeweiligen und zuständigen Körperschaften und im Rahmen ihrer Anweisungen zulässig.“ — Der groteske Gedanke, jeden Genossen, der politische Meinungsverschiedenheiten mit seiner Körperschaft hat, die Diskussion in der Mitgliedschaft zu verbieten und ihn die Instanzenleiter hinaufzuschicken, muß zur vollkommenen geistigen Erstarrung der Organisation führen. Eine solche Disziplin steht im schärfsten Widerspruch zu den Anschauungen, die wir in unserem Kampfe gegen das in der KPD herrschende bürokratische Regime vertreten haben. Sich auf Lenin bei der Einführung einer solchen Disziplin zu berufen, ist eine glatte Fälschung und ein Mißbrauch seines Namens.“

Die Minderheit sagt dazu, daß mit der Einführung dieses Regimes, das in der KPO bereits zum Ausschluß aller Wortführer der Opposition, darunter der Gründer der Organisation, der Genossen, die schon in den Reihen des Sportakusbundes an der Spitze der revolutionären Bewegung in Deutschland standen, geführt hat; zur Maßregelung und Absetzung wichtiger Funktionäre, zur Beseitigung von Bezirksleitungen, zur Einsetzung von Kommissaren usw., das berüchtigte System der „gehorsamen Dummköpfe“ eingeführt worden ist. Es ist tatsächlich eine Art Ueberstalinismus, der im umgekehrten Verhältnis zur Größe und Bedeutung der KPO steht, der dort gegenwärtig üblich ist. Man kann der Minderheit nur Recht geben, wenn sie als Auswirkung dieses Regimes feststellt:

„Die Organisation befindet sich in Zersetzung, die zur vollkommenen Auflösung führen wird, wenn sich die Mitgliedschaft nicht in letzter Stunde entschieden und einheitlich der Zerstörung widersetzt.“

Wir sind der Meinung, daß die Erwartungen, die die Minderheit in ihrem offenen Brief ausspricht, nicht mehr erfüllt werden können.

Brandler und Thalheimer haben ihre eigene Organisation zertrümmert, es ist fast ein Drittel der kommunistischen Opposition, das zu den Beschlüssen der letzten Reichskonferenz in Opposition steht. Brandler und Thalheimer haben daraus nichts gelernt. Sie konnten nicht lernen, weil sie — und das weist die Minderheit neuerdings nach — auf halbem Wege stehen blieben und den opferreichen Kampf um die Erneuerung der revolutionären Bewegung nicht zu Ende führen wagten. Sie orientieren sich auf einen Wunsch, auf eine Spekulation, nicht auf die Wirklichkeit, weil sie die Gesundung der kommunistischen Bewegung wollen, dekretieren sie eine solche Gesundung, die in Wirklichkeit weit und breit in den Reihen der Komintern nicht zu sehen ist.

Wir sind deshalb der Meinung, daß die Minderheit der kommunistischen Opposition in ihren weiteren Auseinandersetzungen konsequent auf den Weg geführt werden wird, den die linken revolutionären Arbeiter, die sich in der SAP eine neue Organisation geschaffen haben, gehen:

den Weg in die SAP.

Dieser Weg bedeutet nicht, wie Brandler und Thalheimer erzählen, daß damit die kommunistische Partei als „hoffnungsloser Fall“ eingeschätzt wird. Aber zur Korrektur ihrer Fehler, zur Korrektur der katastrophalen Politik, die nicht eine, sondern alle Sektionen der Komintern zum Unheil der revolutionären Bewegung treiben, ist es nötig, daß eine von der Komintern-Bürokratie unabhängige selbständige revolutionäre Bewegung entsteht, die eine neue Zusammenfassung der Klasse vorbereitet, geleitet allein vom Gesamtinteresse der Arbeiterbewegung. Nur auf diesem Wege gibt es einen Sieg in der Revolution.

Wir erwarten, daß wir in nicht zu ferner Zeit die Minderheit der kommunistischen Opposition zu gemeinsamem Kampf in unseren Reihen begrüßen können. Die Entscheidung darüber steht unmittelbar bevor.

★

Radau um den Genossen Galm

Darmstadt, 17. Februar 1932.

Als nach einem von den Nazis provozierten Radau Genosse Galm (KPO) äußerte, man müsse sich bald schämen, hessischer Abgeordneter zu sein, erhob sich ungeheurer Tumult. Eine Anzahl Nationalsozialisten drang gegen die Rednertribüne vor. Die sozialistischen und kommunistischen Abgeordneten stellten sich geschlossen vor den Genossen Galm. Plötzlich erschien Polizei im Hause. Als diese schließlich, ohne irgendwie eingegriffen zu haben, zurückgezogen wurde, verließen die Nationalsozialisten unter Protest den Saal. Der Präsident unterbrach die Sitzung auf eine Stunde.